

Kieler Konjunkturberichte

Weltwirtschaft im Sommer 2026

Abgeschlossen 10. Juni 2026

Klaus-Jürgen Gern, Stefan Kooths,
Johanna Krohn, Wan-Hsin Liu und Jan
Reents

Forschungsgruppe
Konjunktur und Wachstum

Weltwirtschaft im Sommer 2026: Konjunktur weiter im Zeichen des Irankriegs

Klaus-Jürgen Gern, Stefan Kooths, Johanna Krohn, Wan-Hsin Liu und Jan Reents

Unter dem Eindruck höherer Energiepreise und gestiegener geopolitischer Risiken hat sich die weltwirtschaftliche Expansion im Frühjahr 2026 abgeschwächt. Während die Produktion in den Ländern am Persischen Golf eingebrochen ist, blieb sie in den meisten anderen Ländern aber deutlich aufwärtsgerichtet. Vor allem in den Vereinigten Staaten dürfte die Wirtschaft in wenig verändertem Tempo expandieren. Positive Impulse kommen nach wie vor vom Boom der KI-Technologie, von dem kräftigen Impulse für Handel und Investitionen ausgehen. Derzeit wird an den Finanzmärkten offenbar weiterhin damit gerechnet, dass Produktion und Transport von Öl und Gas in der Golfregion bald wieder in normalem Umfang erfolgen können. In diesem Fall, der auch unserer Prognose zugrunde liegt, bleiben die Folgen für die Weltwirtschaft begrenzt, der Anstieg der Inflation temporär und die geldpolitische Reaktion moderat. Allerdings dauert der Konflikt nun bereits deutlich länger als im März erwartet, so dass wir unsere Prognose für den Anstieg der Weltproduktion – gemessen auf Basis von Kaufkraftparitäten – für dieses Jahr von 3,1 Prozent auf 2,8 Prozent reduziert haben. Für das kommende Jahr ist dann mit einer wieder deutlich stärkeren Expansion von 3,3 Prozent zu rechnen (Märzprognose: 3,2 Prozent). Sollte das Ölangebot aufgrund einer anhaltenden Sperrung der Straße von Hormus nachhaltig auf dem derzeitigen stark reduzierten Niveau bleiben, wäre freilich eine deutlich stärkere und persistenter Abschwächung der Weltkonjunktur die Folge.

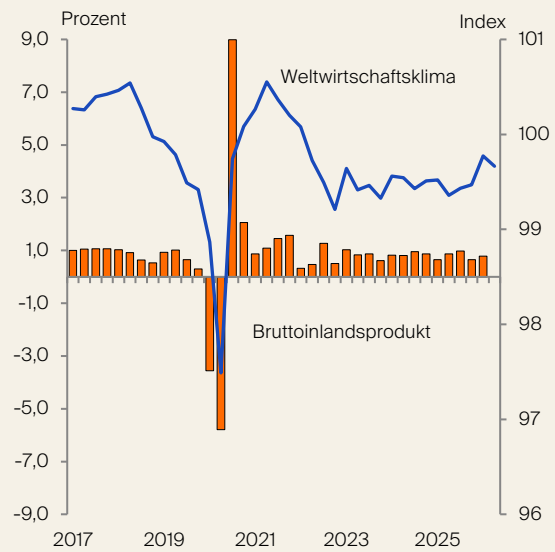
Die Weltkonjunktur wird durch den Anstieg der Preise für Erdöl und Flüssiggas sowie erhöhte Unsicherheit im Gefolge des Irankrieges belastet. Seit dem Angriff der Vereinigten Staaten und Israels auf den Iran am 28. Februar 2026 ist die Straße von Hormus weitgehend gesperrt, durch die zuvor jeweils rund 20 Prozent der weltweit gehandelten Mengen von Erdöl und Flüssiggas (LNG) transportiert wurden. Damit stehen derzeit dem Weltmarkt rund 3 Prozent des weltweiten Gasverbrauchs nicht zur Verfügung, wovon insbesondere asiatische Länder stark betroffen sind, die in besonders großem Umfang auf LNG-Lieferungen angewiesen sind. Beim Öl konnte zwar ein Teil der betroffenen Mengen durch Pipelines umgeleitet werden, und andere Länder erhöhten ihre Produktion. Gleichwohl ist das weltweite Ölangebot nach Schätzungen der Internationalen Energieagentur derzeit um mehr als 10 Prozent niedriger als vor dem Krieg (IEA 2026a). Dies ist historisch der mit Abstand stärkste Angebotsschock auf dem Ölmarkt; in der Ölkrise 1973/74 sank das Angebot in der Spitze prozentual weniger als halb so stark. Daran gemessen war die Preisreaktion an den Märkten bislang moderat. Zwar stiegen die Notierungen zunächst kräftig, sie pendelten sich aber auf einem Niveau ein, das in den vergangenen Jahren bei geopolitischen Krisen

(etwa 2022) oder in Folge stark steigender Nachfrage (2007 und 2012/13) mehrfach erreicht wurde. Berücksichtigt man den allgemeinen Preisanstieg, ist der reale Ölpreis derzeit sogar von historischen Rekordständen weit entfernt.

Die Weltwirtschaft expandierte bis zuletzt deutlich, wenn auch in moderaterem Tempo als im Verlauf des vergangenen Jahres. Die Weltproduktion legte im ersten Quartal 2026 sogar etwas stärker zu als im Schlussquartal 2025, was allerdings im Wesentlichen darauf zurückzuführen ist, dass die US-Wirtschaft im Herbst durch den Regierungsstillstand im Oktober und November vorübergehend gebremst wurde (Abbildung 1). Im ersten Quartal erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt in den Vereinigten Staaten wieder spürbar, wenn auch mit einer recht moderaten Rate von 0,4 Prozent. In Japan und im Vereinigten Königreich beschleunigte sich die Konjunktur ebenfalls deutlich. Hingegen gab die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euroraum um 0,2 Prozent nach. Dies ist allerdings maßgeblich darauf zurückzuführen, dass sich das Bruttoinlandsprodukt in Irland aufgrund von Sondereinflüssen stark – um 12 Prozent – verringerte.¹ Rechnet man Irland heraus, legte die Wirtschaft im Euroraum in kaum verändertem, moderatem Tempo zu (Abbildung 2).

¹ Die Produktion von multinationalen Pharmaunternehmen für den Export, die einen erheblichen Teil der irischen Industrieproduktion ausmacht, war in den ersten Monaten des vergangenen Jahres im Zusammenhang mit der US-Zollpolitik vorübergehend massiv ausgeweitet worden und wird nun offenbar wieder zurückgefahren. Zu der Normalisierung des Niveaus der Pharmaproduktion kommen Änderungen in der Bilanzierung von Lizenzrechten multinationaler Unternehmen, die

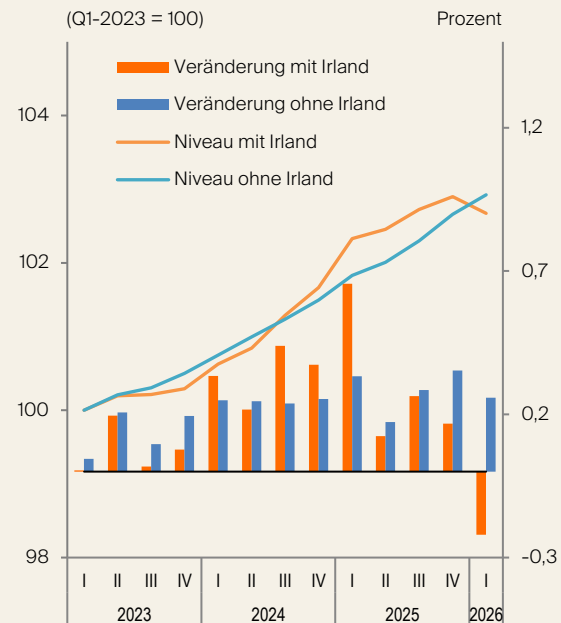
Abbildung 1:
Weltwirtschaftliche Aktivität



Quartalsdaten; saisonbereinigt; Weltwirtschaftsklima berechnet auf Basis von Stimmungsindikatoren aus 42 Ländern; Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal, 46 Länder, gewichtet nach Kaufkraftparität.

Quelle: OECD, Main Economic Indicators; nationale Quellen; Berechnungen des Kiel Instituts.

Abbildung 2:
Bruttoinlandsprodukt im Euroraum



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).

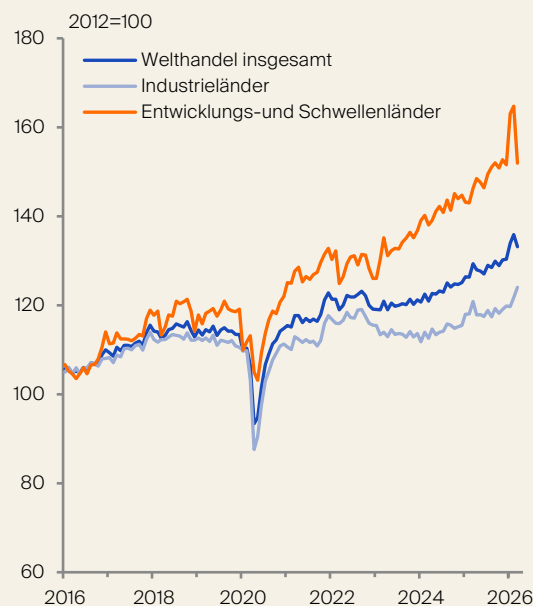
Quelle: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Berechnungen des Kiel Instituts.

BIP-wirksam sind, aber die wirtschaftliche Aktivität in Irland nicht beeinflussen. Ein alternatives Aktivitätsmaß der irischen Statistikbehörde, das verzerrende Einflüsse der Aktivität multinationaler Unternehmen herausrechnet („Modified Domestic Demand“) zeigt eine stabile Aufwärtsentwicklung der irischen Wirtschaft an.

Mit dem Ausbruch des Irankrieges verschlechterte sich die Stimmung vor allem bei den Konsumenten, während die Einkaufsmanagerindizes für das Verarbeitende Gewerbe kaum nachgaben. Der Indikator des Kiel Instituts für des Weltwirtschaftsklima, der auf der Basis von Stimmungsindikatoren aus 42 Ländern berechnet wird, ist zwar zuletzt etwas gesunken, signalisiert aber für das zweite Quartal weiterhin eine robuste Expansion. In den Vereinigten Staaten deuten wieder deutlich stärkere Beschäftigungszuwächse darauf hin, dass die Konjunktur zuletzt sogar an Fahrt gewonnen haben könnte.

Die Auswirkungen des Irankrieges sind im Welthandel und in der globalen Industrieproduktion deutlich sichtbar, aber vor allem auf die Länder der Golfregion konzentriert. Die globale Industrieproduktion, die im vergangenen Jahr in moderatem Tempo zugenommen hatte, stieg in den ersten beiden Monaten dieses Jahres beschleunigt und lag im Februar um 3,4 Prozent über ihrem Niveau ein Jahr zuvor. Der Welthandel expandierte sogar noch wesentlich kräftiger und erhöhte sich innerhalb eines Jahres um 7,6 Prozent (Abbildung 3). Die Dynamik wurde vor allem vom KI-Boom getrieben; entsprechend profitierten die asiatischen Länder, in denen die Produktion von entsprechenden Ausrüstungsgütern konzentriert ist, besonders. Im März gingen sowohl Industrieproduktion als auch Welthandel mit dem Beginn des Irankrieges und der damit verbundenen Sperrung der Straße von Hormus deutlich – jeweils um rund 2 Prozent – zurück. Maßgeblich hierfür waren vor allem die direkten Effekte des Krieges auf die Produktion

Abbildung 3:
Weltwirtschaftliche Aktivität



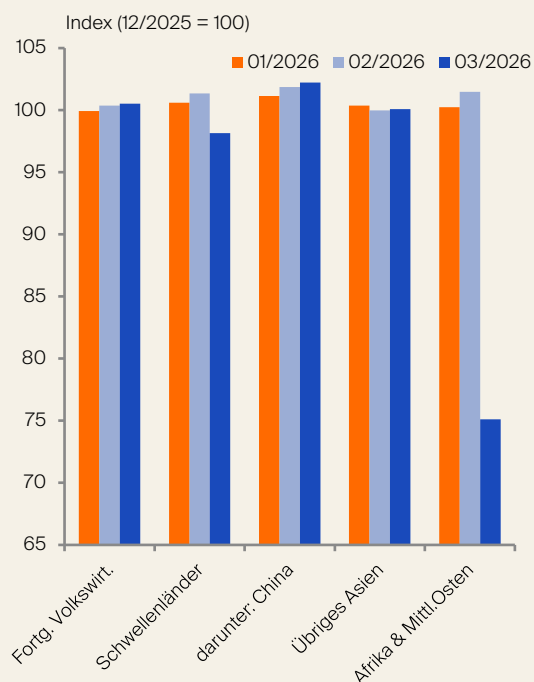
Monatsdaten; preis- und saisonbereinigt.

Quelle: CPB, World Trade Monitor; Berechnungen des Kiel Instituts.

und den Handel in der Golfregion. So brach die Industrieproduktion, die auch die Rohstoffförderung enthält, in der von den Golfländern dominierten Ländergruppe Afrika und Mittlerer Osten um nahezu ein Viertel ein. In der übrigen Welt – insbesondere in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und den Schwellenländern Asiens – wurden hingegen allenfalls geringe Rückgänge verzeichnet, zum Teil stieg die Produktion sogar weiter merklich (Abbildung 4). Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Welthandel, wo insbesondere die Ex- und Importe der fortgeschrittenen Volkswirtschaften zunächst kaum reagiert haben.

Auch die Preise für Nichtenergierohstoffe haben deutlich angezogen. Vor allem die Energierohstoffe haben sich nach Beginn des Irankrieges schnell und drastisch verteuert. Der entsprechende Index der Weltbank erhöhte sich bis zum April um rund 50 Prozent. Im Mai

Abbildung 4:
Globale Industrieproduktion, Januar bis März 2026



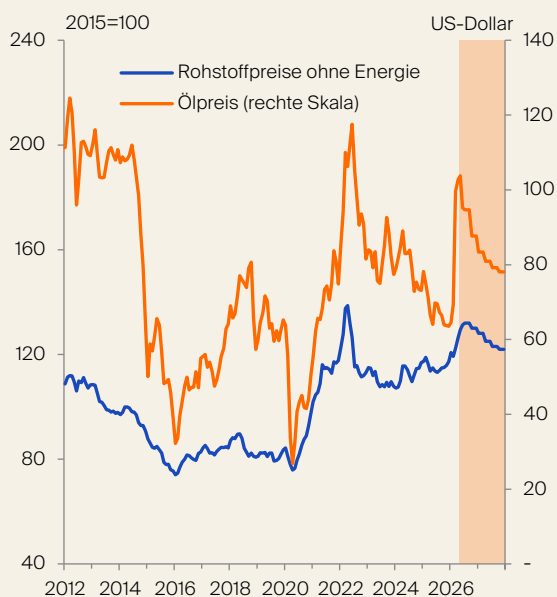
Monatsdaten; preis- und saisonbereinigt.

Quelle: CPB, World Trade Monitor; Berechnungen des Kiel Instituts.

gingen die Notierungen zwar wieder etwas zurück; im Vergleich zum Jahresende 2025 waren sie immer noch um rund 40 Prozent erhöht. Auch die Preise für Düngemittel zogen stark an, weil bislang rund ein Drittel des weltweiten Bedarfs an Harnstoff, einem potenten Stickstoffdünger, von den Golfstaaten gedeckt wurde. Inzwischen hat sich auch bei anderen Rohstoffen ein deutlicher Preisanstieg eingestellt. Zum einen ist die Rohstoffproduktion in der Regel energieintensiv, zum anderen blieb die Nachfrage vonseiten der Industrie bislang kräftig. So haben sich die Preise für Metalle und Mineralien seit März um etwa 10 Prozent erhöht. Deutlich aufwärtsgerichtet sind auch die Nahrungsmittelpreise, wobei die verteuerten Düngemittel für die Zukunft einen geringeren Düngemiteleinsatz und in der Folge geringere Ernten befürchten lassen.

Der Ölpreis geht im Prognosezeitraum zwar zurück, ist aber deutlich höher als bislang unterstellt. Allgemein – so auch in unserer Märzprognose – wurde am Beginn des Krieges angenommen, dass die militärische Überlegenheit der Vereinigten Staaten und Israels dazu führen würde, dass die sichere Passage durch die Straße von Hormus in absehbarer Zeit wiederhergestellt und die Verschiffung von Rohöl und Ölprodukten sowie LNG aus dem Persischen Golf allenfalls wenige Wochen unterbrochen sein würde. Dies hat sich jedoch als zu optimistisch erwiesen. Trotz Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran ist ein Ende des Konflikts derzeit nicht absehbar. Gleichwohl gehen die Finanzmärkte offenbar nach wie vor davon aus, dass sich die Situation bald entspannt, denn die Preise für Rohöl am Terminmarkt sinken ab dem Sommer spürbar. Allerdings wird inzwischen nicht mehr damit gerechnet, dass der Ölpreis rasch auf das im Jahr 2025 verzeichnete durchschnittliche Niveau von rund 65 US-Dollar fällt. Dagegen spricht zum einen, dass es einige Zeit brauchen wird, bis die Golfstaaten wieder an das Produktionsniveau von vor dem Krieg anknüpfen können. Zum anderen wird der Bedarf an Öl derzeit auch aus Lagerbeständen gedeckt, deren Wiederauffüllung nach dem Ende der Krise zusätzliche Nachfrage entfalten wird (Kasten 1: Zur Lage am Ölmarkt). Wir rechnen im Einklang mit den Finanzmärkten mit einem allmählichen Rückgang der Notierungen für Öl der Sorte Brent auf knapp 80 US-Dollar am Ende des kommenden Jahres (Abbildung 5). Damit ist der Ölpreis sowohl in diesem als auch im

Abbildung 5:
Rohstoffpreise



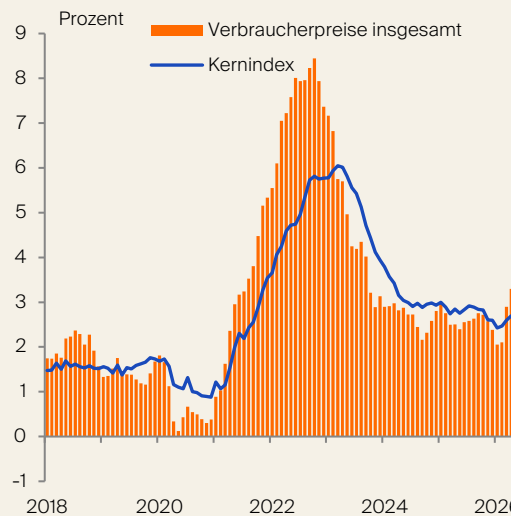
Monatsdaten; Rohstoffpreise ohne Energie: World Bank; Ölpreis: Spotpreis Sorte Brent. schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

Quelle: International Petroleum Exchange via Refinitiv Datastream; Wold Bank Pink Sheet.

nächsten Jahr durchschnittlich rund 10 US-Dollar höher als in unserer Frühjahrsprognose unterstellt. Der Preis für Flüssiggas (Europa) ist hingegen aktuell merklich niedriger als im März erwartet und geht im Prognosezeitraum allmählich auf ein Niveau von rund 35 Euro je MWh weiter zurück.

Die Verbraucherpreise haben energiepreisbedingt deutlich angezogen. Der Preisauftrieb hat sich in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in den vergangenen Monaten spürbar verstärkt. In den G7-Ländern lag die Inflationsrate im April 2026 bei 3,3 Prozent, verglichen mit 2,1 Prozent im Februar (Abbildung 6). Die Kernrate (ohne Energie und Lebensmittel) hat sich ebenfalls erhöht, wenn auch in deutlich geringem Maße. Dadurch, dass die Energiepreise nun wohl länger hoch bleiben und langsamer zurückgehen als noch im Frühjahr erwartet, hat sich das Risiko erhöht, dass der Impuls durch die

Abbildung 6:
Verbraucherpreise in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften



Monatsdaten; Veränderung gegenüber dem Vorjahr der Verbraucherpreise in den Vereinigten Staaten, im Euroraum, in Japan und im Vereinigten Königreich, gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Preisen und Wechselkursen von 2024; Kernindex: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: OECD, Main Economic Indicators; Berechnungen des Kiel Instituts.

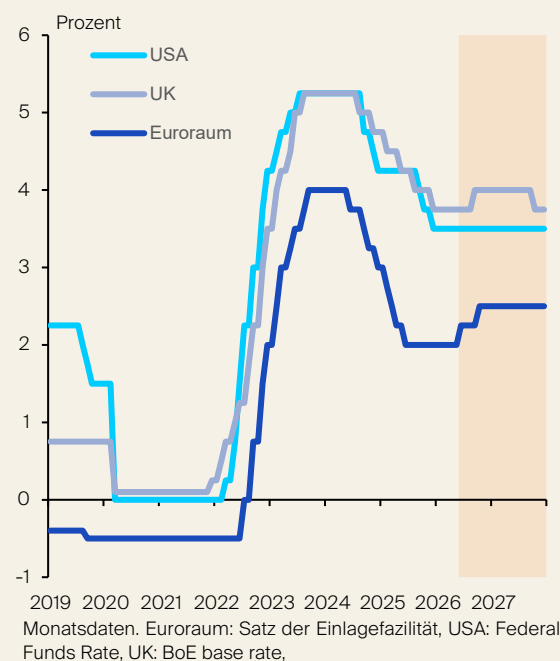
Energiepreise den Preisauftrieb über längere Zeit verstärkt.

Die Inflationsbeschleunigung fällt in den einzelnen Ländern bedingt durch nationale Eigenheiten unterschiedlich stark aus. Sehr deutlich hat sich die Inflationsrate in den Vereinigten Staaten erhöht, wo der prozentuale Anstieg der Kraftstoffpreise besonders stark war, weil der Preis an der Zapfsäule aufgrund eines sehr niedrigen Steueranteils vor allem durch die Entwicklung bei den Rohölpreisen und den Margen der Raffinerien bestimmt wird und zudem der Anteil von Kraftstoffen im Warenkorb relativ hoch ist. In den anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften werden Kraftstoffe in der Regel deutlich stärker besteuert, so dass ein gleich hoher Anstieg der variablen Preisbestandteile einen geringeren prozentualen Anstieg zur Folge hat. Im Euroraum sind zudem andere Energieträger in vielen Ländern

gleichzeitig billiger geworden. Insbesondere sind die Strompreise zum Teil deutlich gesunken (Kasten 2: Zu den Unterschieden in der aktuellen Energiepreisentwicklung im Euroraum). Hinzu kommen in einigen Ländern preisdämpfende Maßnahmen durch die Politik. In Japan und im Vereinigten Königreich wirkten weitere Sonderfaktoren wie das Nachlassen einer zuvor starken Inflation bei den Nahrungsmittelpreisen (Japan) oder ein niedrigerer Gaspreisdeckel (Vereinigtes Königreich), so dass die Inflationsraten dort sogar kaum gestiegen sind.

In den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften stehen die geldpolitischen Zeichen auf Straffung. Auf den Anstieg der Energiepreise infolge des Konflikts im Nahen Osten haben die Notenbanken zunächst nicht reagiert. Inzwischen deutet sich aber an, dass der Inflationsschub länger dauern könnte als erhofft. So haben sich die Inflationserwartungen auch auf längere Sicht erhöht. Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Zentralbank signalisiert, dass sie geneigt ist, die Leitzinsen leicht anzuheben, um frühzeitig deutlich zu machen, dass sie einem nicht nur kurzfristig stärkeren Preisauftrieb entschieden entgegenzutreten wird (Schnabel 2026). Wir rechnen für das laufende Jahr mit zwei Zinsschritten im Juni und im Oktober auf 2,5 Prozent (Abbildung 7). Die Bank von England sieht ebenfalls Risiken von Zweitrundeneffekten bei der Preis- und Lohnsetzung und dürfte ihren Leitzins ausgehend vom gegenwärtigen Niveau von 3,75 Prozent im September leicht anheben. Besonders herausfordernd ist die Situation für die Notenbank in den Vereinigten Staaten.

Abbildung 7:
Leitzinsen in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften

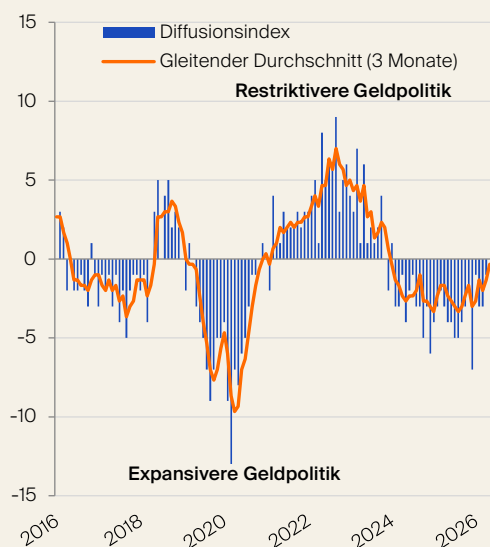


Quelle: LSEG Datastream. schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

Einerseits gibt es die Erwartung seitens der Regierung, dass die Zinsen gesenkt werden, um der Wirtschaft Schwung zu geben, aber wohl auch, um die Zinslast der Staatsschulden zu verringern. Andererseits haben günstige Arbeitsmarktzahlen die Argumente für eine Zinssenkung geschwächt, während sich die Inflationserwartungen über zehn Jahre auf einem Niveau von 2,5 Prozent und damit deutlich über dem Inflationsziel zu verfestigen drohen. In dieser Gemengelage rechnen wir damit, dass das Zielband für die Federal Funds Rate im Prognosezeitraum unverändert bei 3,50 bis 3,75 Prozent bleibt. Es besteht aber ein erhebliches Risiko, dass die Fed die Zinsen erneut anheben muss.

In den Schwellenländern warten die meisten Notenbanken ab. Seit Januar 2024 überwogen in den Schwellenländern Zinssenkungen (Abbildung 8). Dies ist zwar nach wie vor der Fall, in den vergangenen Monaten wurden aber nur

Abbildung 8:
Geldpolitik in Schwellenländern



Monatsdaten. Der Diffusionsindex entspricht der Anzahl der Zentralbanken, die in einem gegebenen Monat die Zinsen erhöhten minus der Anzahl der Zentralbanken, die in einem gegebenen Monat die Zinsen senkten. Enthaltene Schwellenländer: Argentinien, Brasilien, Chile, China, Indonesien, Indien, Kolumbien, Mexiko, Malaysia, Peru, Philippinen, Russland, Südafrika, Thailand, Türkei.

Quelle: Bank of International Settlements (BIS); Berechnungen des Kiel Instituts.

in wenigen Ländern die Zinsen verändert. Gelockert wurde die Geldpolitik zuletzt vor allem noch in Brasilien sowie in Russland. Einen Zinssenkungsschritt gab es im März zudem in Mexiko.

Impulse für die Konjunktur kommen von der Finanzpolitik. Obwohl die Staatsverschuldung in den vergangenen Jahren in den meisten Ländern bereits stark gestiegen ist und die Schuldenlast angesichts deutlich höherer Zinsen spürbar steigen wird, erhöhen sich die Budgetdefizite in diesem Jahr in vielen Ländern weiter. Grund dafür ist weniger eine schwache Konjunktur als der Wunsch, zusätzliche Staatsausgaben, sei es für Rüstung, Infrastruktur, industriepolitische Akzente oder zuletzt auch wieder Maßnahmen zur Abfederung des Anstiegs bei den Energiepreisen zu tätigen. Um weitere Spielräume zu schaffen, wird im europäischen Rahmen

diskutiert, die Fiskalregeln nochmals zu ändern, nachdem sie nach der Corona-Pandemie reformiert worden waren, um mehr Flexibilität zu schaffen, und nach dem sicherheitspolitischen Schock durch den Angriff Russlands auf die Ukraine zusätzliche Möglichkeiten zur Schuldenfinanzierung von Militärausgaben außerhalb des Regelwerks geschaffen worden waren. Im Ergebnis dürfte im Euroraum das zusammengefasste Defizit der Staaten in Relation zum Bruttoinlandsprodukt von 2,9 Prozent im vergangenen Jahr auf rund 3,5 Prozent in diesem und im nächsten Jahr steigen und damit wieder deutlich über der im Maastricht-Vertrag vorgesehenen Obergrenze von 3 Prozent liegen. In den Vereinigten Staaten reißt die Beibehaltung von reduzierten Einkommensteuersätzen aus der ersten Legislatur Trump zusammen mit weiteren Steuer-senkungen erhebliche Löcher in das Budget. Die zur Finanzierung vorgesehenen zusätzlichen Zolleinnahmen dürften teilweise zurückgezahlt werden; zudem werden die künftigen Zolleinnahmen deutlich niedriger ausfallen als budgetiert. Ausgabenkürzungen werden dies wohl kaum auffangen können, zumal beträchtliche Mehrausgaben zur Finanzierung des Irankrieges und die nun fällige Wiederauffüllung der Munitionsbestände anfallen werden. Beantragt ist derzeit eine Ausweitung des Militärbudgets gegenüber dem laufenden Fiskaljahr um mehr als die Hälfte auf rund 1,5 Billionen US-Dollar im Fiskaljahr 2027. Im Ergebnis dürfte das Defizit im Bundeshaushalt der Vereinigten Staaten in diesem Jahr um reichlich einen halben Prozentpunkt auf knapp 6,5 Prozent steigen und im kommenden Jahr auf dem hohen Niveau verharren. Auch in

Japan ist die Finanzpolitik expansiv ausgerichtet. Alles in allem wirkt die Finanzpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften damit anregend auf die Konjunktur.

Die US-Zölle sind gesunken, ... Am 20. Februar entschied der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten, dass die im Rahmen des International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) verhängten Zölle unrechtmäßig sind, da sie in die Kompetenz des Kongresses fallen. Nicht betroffen von der Entscheidung sind zwar sektorspezifische Zölle, die auf einer anderen Rechtsgrundlage eingeführt wurden, etwa auf Stahl, Aluminium und Autos. Gleichwohl wurden damit Zölle für nichtig erklärt, auf die 60 Prozent der Zolleinnahmen entfallen, die seit Amtsantritt von Donald Trump im Jahr 2025 erhoben wurden. Die US-Regierung reagierte auf die Entscheidung mit der Einführung von pauschalen Zöllen in Höhe von 10 Prozent nach einer anderen rechtlichen Bestimmung. Auf dieser Grundlage können Zölle aber nur für einen Zeitraum von maximal 150 Tagen ohne Zustimmung durch den Kongress erhoben werden. Im Ergebnis sank dadurch das durchschnittliche nominelle Zollniveau für US-Einfuhren von 14,9 Prozent auf 11,7 Prozent (Tax Foundation 2026). Die Veränderung der Zollsätze durch diese Neuregelung war für einzelne Länder unterschiedlich, so dass sich die relative Position einzelner Länder im Wettbewerb um den US-Markt veränderte. Besonders stark sanken die Zölle für Länder, für die sie zuvor besonders hoch waren, etwa Indien, Brasilien und China. Länder, die zuvor vergleichsweise niedrige Zollsätze ausgehandelt

hatten, hierzu zählen etwa Argentinien, Chile und das Vereinigte Königreich, profitierten hingegen kaum. Auch für Deutschland und die EU allgemein ergab sich ein nur moderat geringeres Zollniveau.

... aber die handelspolitische Unsicherheit bleibt groß. Die gegenwärtige, temporäre Zollregelung läuft am 24. Juli aus. Was danach kommt, ist derzeit unklar. Konkrete Pläne sind bislang nicht bekannt geworden. Die Unsicherheit wird auch dadurch verstärkt, dass die derzeitige Zoll-Regelung Gegenstand laufender gerichtlicher Auseinandersetzungen ist. Verschiedene Szenarien sind möglich, ein ersatzloser Fortfall ist aber auch angesichts der Finanznöte der Regierung wohl wenig wahrscheinlich. Angekündigt wurde indes ein Zollregime für den Pharmasektor, das zunächst für Einfuhren von patentierten Medikamenten einen Zollsatz von 100 Prozent vorsieht und ab dem 31. Juli für bestimmte große Unternehmen gelten und danach ausgeweitet werden soll. Allerdings sind bereits für verschiedene Länder Ausnahmeregelungen vereinbart, so auch für Pharmaimporte aus der EU, für die ein Zollsatz von 15 Prozent gelten soll. Insgesamt bleibt daher die handelspolitische Unsicherheit hoch, auch wenn das Instrument der Zölle als Allzweckwaffe in der internationalen politischen Auseinandersetzung beim amerikanischen Präsidenten offenbar etwas an Bedeutung verloren hat. Für die Prognose gehen wir von insgesamt in etwa unveränderten US-Zöllen aus.

Ausblick: Vorübergehend gebremste weltwirtschaftliche Aktivität

Höhere Energiepreise und Unsicherheit belasten die Weltkonjunktur, lassen sie aber nicht einbrechen. Die höheren Kosten für Erdöl und LNG bremsen zwar die weltwirtschaftliche Aktivität. Bei unseren Annahmen über Niveau und Verlauf der Preise für Erdöl und LNG sind die Auswirkungen aber in den meisten Ländern begrenzt. Ein substantieller zusätzlicher Kaufkraftentzug für Importeure von Energierohstoffen entsteht nur über einen begrenzten Zeitraum, und strukturelle Umbrüche, wie sie bei nachhaltigen Veränderungen der relativen Preise notwendig sein können, sind wohl nicht erforderlich. Die höheren Verbraucherpreise für Energie dürften das inflationäre Umfeld nicht nachhaltig verändern, so dass ein massives geldpolitisches Gegensteuern durch höhere Zinsen wohl nicht erforderlich ist. Weltwirtschaftlich werden die negativen Effekte von Energiepreisanstiegen auch dadurch gemildert, dass es Gewinner dieser Entwicklung gibt: Länder und Unternehmen, deren finanzielle Möglichkeiten sich verbessern und die dadurch eine zusätzliche Nachfrage generieren. Gravierend sind allerdings die wirtschaftlichen Auswirkungen in den Ländern am Golf, wo die gesamtwirtschaftliche Produktion aufgrund niedrigerer Förderung bzw. stark eingeschränkter Transportmöglichkeiten und Einbußen beim in einigen Ländern ebenfalls bedeutsamen Tourismus spürbar zurückgehen wird. Dieser Einbruch ist angesichts der längeren Dauer der Krise deutlich ausgeprägter als im

Frühjahr erwartet und maßgeblich für die deutliche Abwärtsrevision gegenüber unserer Märzprognose verantwortlich. Unter der Voraussetzung, dass sich die Lage am Golf im zweiten Halbjahr entspannt, wird die Erholung der Produktion in der Region dann entsprechend stärker ausfallen, so dass wir die Prognose für den Zuwachs der Weltproduktion im kommenden Jahr leicht erhöht haben.

Motor der Weltkonjunktur bleibt die zunehmende Anwendung von KI. Nach wie vor wirken die Auftriebskräfte, die vom zunehmenden Einsatz künstlicher Intelligenz in der Wirtschaft, aber auch im privaten Raum ausgehen. So wird die Investitionsnachfrage voraussichtlich weiter von dem Bedarf nach zusätzlichen Datenverarbeitungskapazitäten und hohen Ausgaben für Forschung und Entwicklung getrieben. Auch der mit den KI-Anwendungen verbundene hohe Elektrizitätsbedarf erfordert umfangreiche Investitionen in Erzeugung und Netze. Allerdings werden die Zuwächse bei diesen Investitionen im Prognosezeitraum wohl allmählich geringer werden.

Die Weltproduktion nimmt in diesem Jahr deutlich langsamer zu. Für das laufende Jahr rechnen wir mit einer Abschwächung des Anstiegs der Weltproduktion von 3,4 Prozent auf 2,8 Prozent. Für 2027 erwarten wir dann eine Erholung mit einem Zuwachs um 3,3 Prozent (Tabelle 1). Damit haben wir unsere Prognose für dieses Jahr im Vergleich zur Märzprognose um 0,3 Prozentpunkte reduziert und für das kommende Jahr um 0,1 Prozentpunkt angehoben ([Gern et al. 2026](#)). Auf der Basis von Marktwechselkursen ergeben sich

Tabelle 1:
Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in der Welt

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
Weltwirtschaft	0	3,4	3,4	2,8	3,3	6,8	4,7	5,6	3,9
darunter									
Fortgeschrittene Länder	41,0	1,9	1,9	1,6	1,8	2,7	2,5	3,1	2,3
China	19,3	5,0	5,0	4,7	4,6	0,2	0,0	1,1	1,1
Lateinamerika	6,6	2,1	2,1	1,8	2,2	27,3	13,2	20,3	6,1
Indien	8,2	7,2	7,5	6,6	6,7	4,6	1,6	3,8	4,0
Ostasien	7,1	4,0	3,5	3,6	3,7	2,2	1,8	3,1	2,3
Russland	3,5	4,3	1,0	0,2	0,5	8,4	9,2	6,3	6,5
Afrika	4,7	3,0	4,0	3,8	4,0	16,9	10,8	8,8	7,3
<i>Nachrichtlich:</i>									
Welthandelsvolumen (Waren)		2,6	4,2	4,4	3,1				
Weltwirtschaft (gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 in US-Dollar)		2,9	2,9	2,4	2,8	5,1	3,7	4,6	3,1

Prozent. Gewicht: gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 nach Kaufkraftparität. – Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise: Veränderungen gegenüber dem Vorjahr; Ostasiatische Schwellenländer: Thailand, Malaysia, Indonesien und Philippinen; Fortgeschrittene Länder: Die Werte stimmen nicht notwendigerweise mit denen in Tabelle 3 überein, da der Länderkreis hier breiter gefasst ist und ein anderes Konzept bei der Gewichtung verwandt wird.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; OECD, *Main Economic Indicators*; Berechnungen des Kiel Instituts; orange hinterlegt: Prognose des Kiel Instituts

Veränderungsraten der globalen Produktion von 2,4 Prozent (zuvor 2,7 Prozent) in diesem und 2,8 Prozent (zuvor ebenfalls 2,8 Prozent) im nächsten Jahr. Der weltweite Warenhandel, der im Jahr 2025 um 4,2 Prozent zunahm, dürfte aufgrund des starken Anstiegs zu Jahresbeginn im Durchschnitt des Jahres 2026 trotz des Rückgangs im Frühjahr im Jahresdurchschnitt noch um 4,4 Prozent zulegen. Für 2027 erwarten wir dann einen Zuwachs von 3,1 Prozent.

Die Konjunktur in den Vereinigten Staaten bleibt robust. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr mit Raten von etwas mehr als 2 Prozent expandieren. Zwar wird die Kaufkraft der Einkommen durch die höhere Inflation geschmälert, sie steigen aber im Zuge der Entwicklung, denn die Vereinigten Staaten profitieren insgesamt als Nettoexporteur von Energierohstoffen von deren höheren Preisen. Investitionen und Beschäftigung im Rohstoffsektor werden angeregt; eine Zunahme der

Bohrtätigkeit ist bereits zu verzeichnen. Impulse kommen auch vom Staat, der insbesondere die Rüstungsindustrie durch Aufträge ankurbelt. Der öffentliche Konsum steigt dieses Jahr nur geringfügig an. Für das kommende Jahr rechnen wir mit einer Beschleunigung. Während die Produktivität in den Vereinigten Staaten zuletzt – vermutlich auch als Folge der raschen Implementierung von KI – deutlich zulegte, wird das Wachstum durch das Arbeitskräftepotenzial zunehmend begrenzt, dessen Expansion sich vor dem Hintergrund einer restriktiveren Migrationspolitik verlangsamt hat (Congressional Budget Office 2026). Trotz einer im historischen Vergleich schwachen Zunahme der Beschäftigung verharrt die Arbeitslosigkeit daher auf niedrigem Niveau. Die Verbraucherpreise dürften im laufenden Jahr mit einer Rate von 3,5 Prozent deutlich beschleunigt zunehmen und auch im kommenden Jahr mit 2,5 Prozent noch schneller steigen als das Inflationsziel der Notenbank von 2 Prozent impliziert.

Die wirtschaftliche Dynamik in China lässt etwas nach. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal dank eines sehr kräftigen Anstiegs der Exporte etwas stärker zugelegt hatte als erwartet, dürfte sich das Tempo bei der Ausfuhr im weiteren Verlauf des Jahres angesichts einer schwächer zunehmenden Auslandsnachfrage und auf wichtigen Märkten zunehmenden Widerständen gegen eine weitere Vergrößerung der Marktanteile chinesischer Produzenten allmähliche abschwächen. Gleichzeitig ist die Binnenwirtschaft weiterhin wenig dynamisch, auch weil sich immer noch kein Ende der Korrektur am Immobilienmarkt abzeichnet. Alles in allem rechnen wir mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 4,7 Prozent im Jahr 2026 und um 4,6 Prozent im Jahr 2027. Die Inflationsrate dürfte sich in diesem Jahr und im nächsten Jahr auf 1,1 Prozent belaufen.

Die Konjunktur in Japan wird vorübergehend gebremst. Nach einem kräftigen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal, der maßgeblich durch einen starken Anstieg der Exporte bedingt war, dürften die Auswirkungen des Irankriegs im Sommerhalbjahr sowohl den Handel als auch Investitionen und privaten Konsum dämpfen. Insgesamt haben sich die Aussichten für die japanische Wirtschaft aber verbessert: Die Exporteure profitieren vom niedrigen Außenwert des Yen und der hohen Nachfrage nach Computerchips, deren Produktion zwar überwiegend in den asiatischen Nachbarländern erfolgt, aber auf japanische Komponenten und Werkzeugmaschinen zurückgreift. Nachdem sich die über längere Zeit

hartnäckig hohe Inflation deutlich verringert hat, haben sich auch die Perspektiven für den privaten Konsum aufgehellt, der von wieder steigenden Realöhnen profitieren dürfte. Angesichts eines infolge der fortschreitenden demografischen Alterung geringen Potenzialwachstum bleiben die Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts mit 0,6 Prozent in diesem und 0,9 Prozent im nächsten Jahr aber wohl niedrig.

Nach einem Dämpfer in diesem Jahr verstärkt sich die Konjunktur im Euroraum im kommenden Jahr wieder.

Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts dürfte sich im laufenden Jahr deutlich von 1,5 Prozent im Jahr 2025 auf 0,5 Prozent verlangsamen. Das Ausmaß der Abschwächung wird dabei allerdings durch die Sonderentwicklung in Irland überzeichnet; ohne Irland ergibt sich ein Rückgang der Zuwachsrate von 1,1 Prozent auf 0,8 Prozent. Im kommenden Jahr dürfte sich die Konjunktur aufgrund einer stärkeren Binnennachfrage und anziehender Exporte auf 1,3 Prozent beschleunigen. Der private Konsum wird durch einen robusten Arbeitsmarkt und weiter steigende Realöhne gestützt. Unsicherheiten bremsen zunächst noch die privaten Investitionen, Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität geben aber insbesondere in diesem Jahr den öffentlichen Investitionen Impulse. Die Finanzpolitik dürfte 2026 expansiv und 2027 in etwa neutral ausgerichtet sein, die Geldpolitik trotz der leichten Straffung akkommodierend wirken. Der Preisauftrieb wird im Verlauf des kommenden Jahres, wenn die Effekte des Energiepreisanstiegs durchgelaufen sind, wieder nachlassen und

nur noch leicht über dem Ziel von 2 Prozent liegen.

Der Produktionsanstieg im Vereinigten Königreich setzt sich in moderatem Tempo fort. Nach einer kräftigen Zunahme des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal um 0,6 Prozent, zeichnet sich für das laufende Quartal eine deutliche Verlangsamung ab. Die gestiegene Unsicherheit und wieder stärkerer Inflationsdruck dürften den privaten Konsum und die Investitionen bremsen. Für 2026 rechnen wir mit einer Verlangsamung des Produktionsanstiegs von 1,4 Prozent auf 1,1 Prozent. Mit der für die Prognose unterstellten allgemeinen Entspannung der Situation am Golf und wieder rückläufigen Energiepreisen dürfte sich die Konjunktur im kommenden Jahr wieder beleben. Bei einer eher restriktiven Finanzpolitik und einer Geldpolitik, die auf eine nachhaltige Reduzierung der Inflation hinwirken will, bleibt das Expansionstempo mit 1,3 Prozent aber moderat.

In den Schwellenländern außerhalb des Persischen Golfs zeigt sich die Wirtschaft robust. Die asiatischen Schwellenländer sind vom Ausfall der Lieferungen von Öl und Flüssiggas aus den Golfländern besonders betroffen und haben neben dem verstärkten Einsatz anderer Energieträger wie Kohle vielfach auch Maßnahmen zur Energieeinsparung verfügt, die die wirtschaftliche Aktivität bremsen. Auch wenn sich der Produktionsanstieg in der Region im laufenden Jahr wohl merklich abschwächen wird, deuten die Indikatoren auf eine insgesamt weiterhin kräftige wirtschaftliche Expansion hin. So dürfte die indische Wirtschaft in diesem und im nächsten Jahr mit etwas mehr als

6,5 Prozent erneut die höchste Expansionsrate unter den großen Volkswirtschaften erreichen. In Lateinamerika setzt sich die moderate Expansion im Wesentlichen fort. Bremsend wirkt hier vor allem eine restriktive Geldpolitik, während die Region als Rohstoffexporteur von den gestiegenen Rohstoffpreisen eher profitiert. Russland schließlich hat zunehmend Probleme, das gesamtwirtschaftliche Produktionsniveau zu halten, auch weil es der Ukraine immer wieder gelingt, die Öl- und Gasinfrastruktur empfindlich zu treffen. Aufgrund zahlreicher Schäden an Raffinerien und Tanklagern musste mangels Verarbeitungs- und Lagerkapazitäten offenbar die Rohölförderung inzwischen reduziert werden, und regional treten vermehrt Treibstoffengpässe auf.

Das zentrale Risiko für die Weltkonjunktur ist derzeit eine längere Sperrung der Straße von Hormus. Die Menge an Energierohstoffen, die der Weltwirtschaft ohne Öffnung des Engpasses am Persischen Golf fehlt, kann nicht dauerhaft durch den Rückgriff auf Läger kompensiert werden. Andernorts ausreichend neue Kapazitäten zu erschließen oder die Straße von Hormus durch weitere Pipelines zu umgehen, erfordert Investitionen, die nur über mehrere Jahre umgesetzt werden können. Mit zunehmender Dauer der Sperrung werden sich vermehrt physische Engpässe einstellen, die eine Reduzierung der wirtschaftlichen Aktivität erfordern. Dies dürfte mit nochmals deutlich höheren Ölpreisen einhergehen. Zudem würde es in einem solchen Szenario wohl vermehrt zu Problemen in den internationalen Wertschöpfungsketten kommen, die zu Knappheiten auch

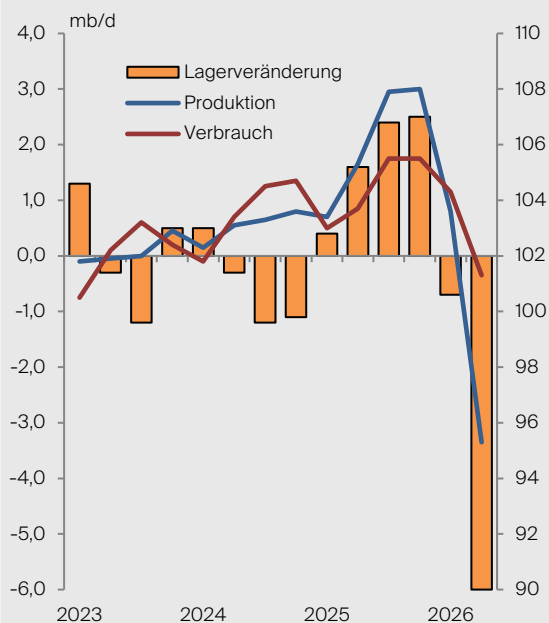
abseits der Energieversorgung führen und den Inflationsdruck weiter erhöhen würden. In einer Modellrechnung für ein Szenario, das deutlich verringerte Energielieferungen aus den Golfstaaten bis Mitte 2027 unterstellt, kommt die OECD (2026a) zu dem Ergebnis, dass die weltwirtschaftliche Expansion bis zum Winter 2026/27 nahezu zum Stillstand kommen.

Der KI-Boom bietet Chancen und Risiken. Investitionen in Technologien zur Anwendung Künstlicher Intelligenz sind derzeit ein wichtiger Treiber der Weltkonjunktur. Sie sind dabei bislang stark auf die Vereinigten Staaten konzentriert, und die Investitionstätigkeit in diesem Bereich könnte sich anderswo rascher verstärken als unterstellt. Zudem könnten sich Produktivitätsgewinne durch die KI auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ergeben, die wir in unserer Prognose nicht eingestellt haben. Die massiven Ausgaben für Datenzentren und Softwareentwicklung basieren auf hohen Erwartungen an die Nachfrage und Rentabilität, die sich auch in den Bewertungen der beteiligten Unternehmen niederschlagen. Sollten diese Erwartungen enttäuscht oder revidiert werden, könnten Investitionskürzungen, Entlassungen und Kursverluste an den Börsen die Konjunktur empfindlich treffen.

Kasten 1: Zur Lage am Ölmarkt

Durch die effektive Schließung der Straße von Hormus im Gefolge des Angriffs der Vereinigten Staaten und Israels auf den Iran Anfang März 2026 wurde ein beträchtlicher Teil des weltweiten Ölangebots aus dem Markt genommen. Die Länder am Golf (Saudi-Arabien, Irak, Iran, Vereinigte Arabische Emirate, Katar und Bahrain) zeichneten im Jahr 2025 für gut 20 Prozent der weltweiten Förderung und sogar nahezu 40 Prozent der international gehandelten Menge von 44,6 Mill. Barrel täglich (Februar 2026) verantwortlich. Zwar konnte von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten ein Teil der üblicherweise durch die Straße von Hormus verschifften Mengen durch Pipelines an zugängliche Verladeorte umgeleitet werden. Im Fall von Saudi-Arabien konnte damit der Rückgang des Exportvolumens auf etwa ein Drittel des Vorkriegsniveaus reduziert werden, in den Vereinigten Arabischen Emiraten auf etwa die Hälfte. Geringe Mengen konnten auch weiterhin die Straße von Hormus passieren.^a Insgesamt fielen die Exporte aus den Golfländern bis April um reichlich 60 Prozent (rund 10 Mill. Barrel pro Tag). Gleichzeitig erhöhten andere Länder ihre Exporte um 3,5 Mill. Barrel pro Tag, darunter insbesondere die Vereinigten Staaten, Kasachstan und Venezuela, aber auch Russland, das von einer Aussetzung der US-Sanktionen profitierte.^b Im Ergebnis reduzierten sich die weltweit verschifften Rohölmengen zwischen Februar und April um 6,6 Mill. Barrel pro Tag.

Abbildung K1-1:
Weltölmarktbalanz



Quartalsdaten, Mill. Barrel pro Tag, Lagerveränderung berechnet als Differenz von Produktion und Verbrauch. 2026Q2: Schätzung.
Quelle: International Energy Agency, Monthly Oil Market Report; Berechnungen des Kiel Institut.

In ihrem Monatsbericht vom Mai schätzt die Internationale Energieagentur (IEA) den Rückgang des globalen Rohölangebots im zweiten Quartal auf knapp 12 Prozent (Abbildung K1-1). Gleichzeitig ging zwar auch der Verbrauch spürbar zurück. Insbesondere die petrochemische Industrie und die Fluggesellschaften reduzierten ihre Nachfrage deutlich. Dennoch ergibt sich rechnerisch ein massives Angebotsdefizit von 6 Mill. Barrel täglich, das aus den Lägern bedient werden muss. Die US Energy Information Administration (EIA) rechnet sogar mit einem den weltweiten Lagerabbau im zweiten Quartal von 6,3 Mill. Barrel pro Tag (EIA 2026).

Tatsächlich zeigen die verfügbaren Daten, dass die Lagerbestände weltweit stark gesunken sind. Hierzu hat beigetragen, dass 32 Mitgliedsländer der IEA in einer konzertierten Aktion 400 Mill. Barrel Öl und Ölprodukte aus ihren strategischen Reserven freigegeben haben, von denen inzwischen mehr als die Hälfte abgeflossen sein dürfte. Dies hat dem Markt etwa 3 Mill. Barrel täglich zugeführt. Hinzu kommen Mengen aus Lagerbeständen der Industrie, die ebenfalls deutlich gesunken sind, was durch gelockerte amtliche Vorgaben zur Lagerhaltung gefördert wurde.

Offenbar hat der Lagerabbau in den letzten Wochen an Fahrt aufgenommen. So berichtet die EIA, dass die außerhalb der strategischen Reserve gehaltenen Lagerbestände an Rohöl in den Vereinigten Staaten allein in der letzten Maiwoche und der ersten Juniwoche zusammengenommen um 15 Mill. Barrel gesunken sind, was 3,5 Prozent des Bestandes entspricht.

Auch wenn die Öllager am Beginn der Krise durch die ausgeprägte Überproduktion im Jahr 2025 außergewöhnlich gut gefüllt waren, stellt sich nun die Frage, wie lange ein Lagerabbau in diesem Tempo aufrechterhalten werden kann, bevor die Lagerbestände ein kritisches Niveau erreicht haben, das für ein

reibungsloses Funktionieren der Produktion notwendig ist. Bleibt die Straße von Hormus geschlossen, dürfte es nicht mehr lange dauern, bis weiter sinkende Lagerbestände zu neuen Preisaufschlägen beim Rohöl führen. Auch nach einer Öffnung und bei dann wieder normalen Exportmengen aus dem Golf wird der Ölpreis dadurch gestützt werden, dass die Nachfrage über den Verbrauch hinausgehen muss, um die Lagerbestände wieder aufzubauen.

^a Im März konnten vor allem iranische Exporte noch in kaum verändertem Umfang durchgeführt werden. Seit Anfang April die Vereinigten Staaten die iranischen Häfen mit einem Embargo belegten, ist dieser Strom jedoch ebenfalls weitgehend versiegt.

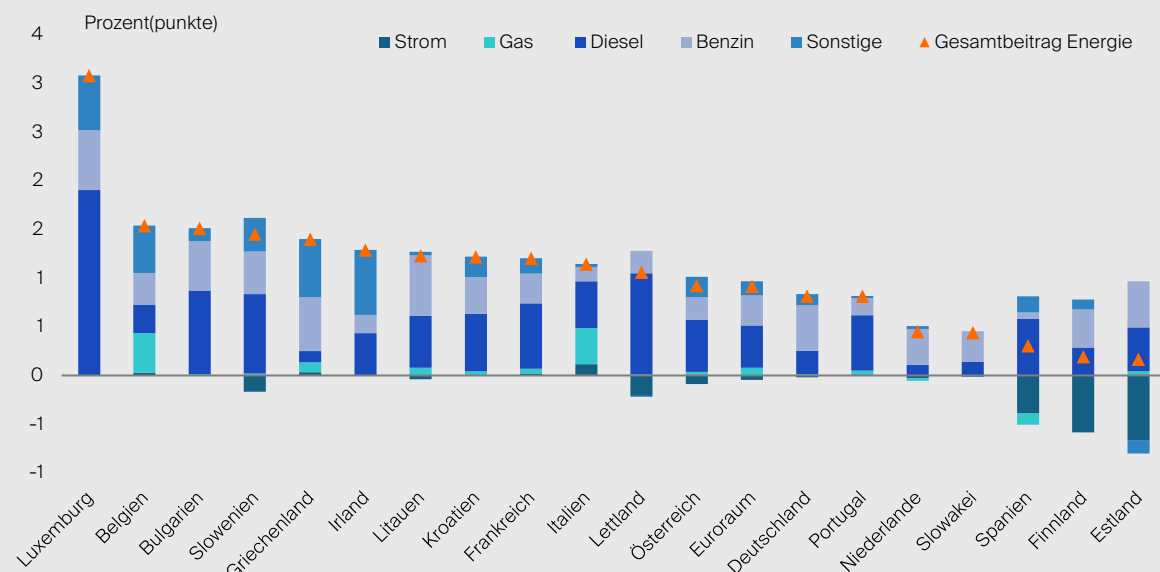
^b Die russischen Exporte stiegen, obwohl die Produktion zurückgefahren wurde, weil aufgrund von Schäden an Raffinerien und Tanklagern durch ukrainische Drohnenangriffe die Verwendung im Inland deutlich reduziert werden musste.

Kasten 2: Zu den Unterschieden in der aktuellen Energiepreisentwicklung im Euroraum

Nachdem die Energiepreise über nahezu drei Jahre hinweg die Inflationsrate gedämpft hatten, kehrte sich dieser Effekt infolge des jüngsten Preisschubs um. Auslöser ist der Konflikt zwischen dem Iran und den Vereinigten Staaten, vor allem infolge der damit verbundenen Störung des Transports durch die Straße von Hormus. Seit Beginn der Eskalation Ende Februar dieses Jahres sind sowohl Öl- als auch Gaspreise kräftig gestiegen. Die Straße von Hormus ist für die globalen Energiemärkte von zentraler Bedeutung, da üblicherweise rund 20 Prozent des weltweiten Ölhandels diese Meerenge passieren und kurzfristige Umgehungsmöglichkeiten nur begrenzt verfügbar sind. Zudem betrifft die Störung auch LNG-Exporte aus Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten, die zusammen knapp 20 Prozent der weltweiten LNG-Ausfuhren ausmachen (IEA 2026b). Angesichts der weltweiten Verknappung von Rohöl und Erdgas sind die Energiepreise auch im Euroraum stark gestiegen. Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten, auf die im Folgenden näher eingegangen wird.

Die Energiepreise sind im Euroraum stark gestiegen, der Beitrag der Energiepreise zur HVPI-Inflation unterscheidet sich indes deutlich zwischen den Ländern des Euroraums. In den zwei Monaten seit Beginn des Konflikts, im März und April, stieg der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) im Euroraum um 2,3 Prozent. Energiepreise trugen mit 0,9 Prozentpunkten zu diesem Anstieg der Gesamtpreise bei und erklärten somit rund 40 Prozent des Preisauftriebs in diesem Zeitraum. Dieser erhebliche Beitrag spiegelt vor allem die Entwicklung der Ölpreise wider, der als externer Faktor auf alle Mitgliedstaaten des Euroraums wirkt. Zugleich unterscheidet sich der Beitrag der Energiekomponente zur HVPI-Inflation deutlich zwischen den Ländern. Wie Abbildung K2-1 zeigt, variiert der Einfluss der Energiepreisentwicklung auf die Gesamtinflation erheblich. Besonders ausgeprägt war der energiebedingte Inflationsdruck unter anderem in Luxemburg, Belgien und Bulgarien, wo der Beitrag der Energiekomponente deutlich über dem Durchschnitt des Euroraums lagen. Demgegenüber waren Länder wie Spanien, Finnland und Estland bisher weniger stark von dem Energiepreisschock betroffen. Diese Heterogenität ist sowohl auf Unterschiede im Gewicht der Energiekomponenten im nationalen Warenkorb als auch auf länderspezifische Unterschiede bei der Weitergabe von Großhandels- und Ölpreisänderungen an die Verbraucher zurückzuführen.

Abbildung K2-1:
Beitrag zum Anstieg des HVPI zwischen 02/2026 und 04/2026 in Prozentpunkten

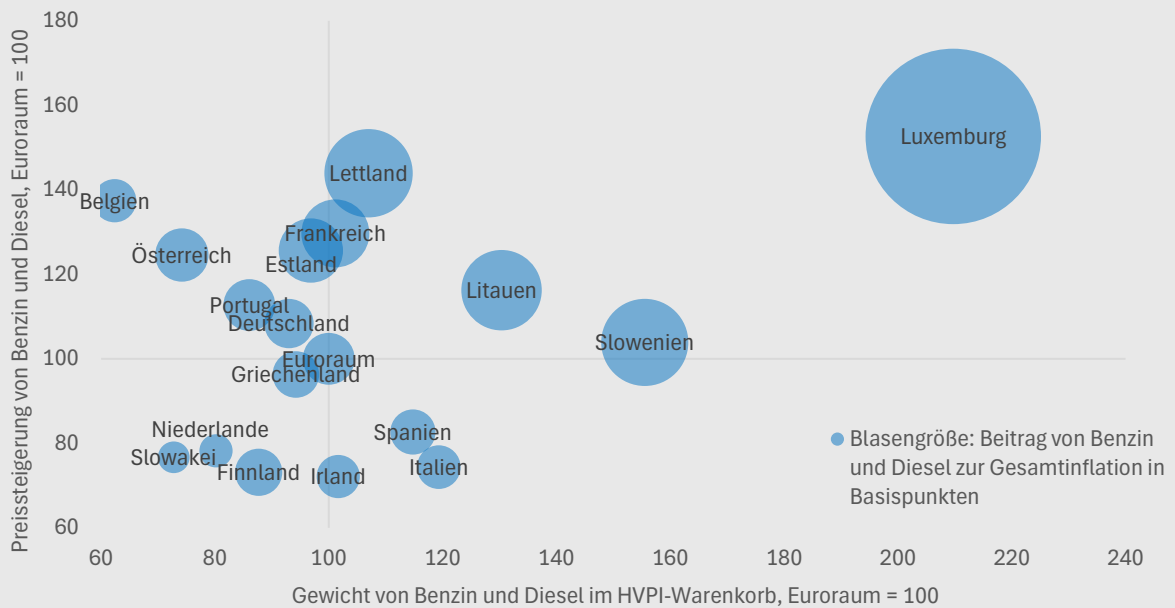


Monatsdate. Beitrag zur HVPI Rate in Prozentpunkten.

Quelle: Eurostat; Berechnungen des Kiel Instituts.

Die unterschiedliche Gewichtung von Energie im HVPI erklärt die länderspezifischen Unterschiede im Beitrag der Energiekomponente zur Gesamtinflation nur teilweise. Auch bei einer Harmonisierung der Warenkorbgewichte bleibt das Muster der relativen Betroffenheit weitgehend unverändert. Maßgeblich für die jüngste Inflationsdynamik ist dabei vor allem die Entwicklung der Kraftstoffpreise. Transportkraftstoffe, insbesondere Benzin und Diesel, stellen die größte Einzelkomponente innerhalb des energiepreisbedingten Inflationsbeitrags dar und machen im Euroraum rund 40 Prozent aus. Im Vergleich zum Durchschnitt des Euroraums erklären die höheren Gewichte von Benzin und Diesel in einigen Ländern zwar überdurchschnittliche Beiträge zu nationalen Inflationsraten; diese bleiben mit maximal 30 bis 50 Basispunkten jedoch vergleichsweise begrenzt. Dies gilt insbesondere für Länder wie Luxemburg, Lettland, Slowenien oder Litauen, die sowohl überdurchschnittliche Preissteigerungen bei Kraftstoffen als auch ein im Vergleich zum Euroraum höheres Gewicht von Transportkraftstoffen in ihren jeweiligen HVPI-Warenkörben aufweisen (Abbildung K2-2).

Abbildung K2-2:
Transportkraftstoffe als Treiber des Energiebeitrags zur HVPI-Inflation

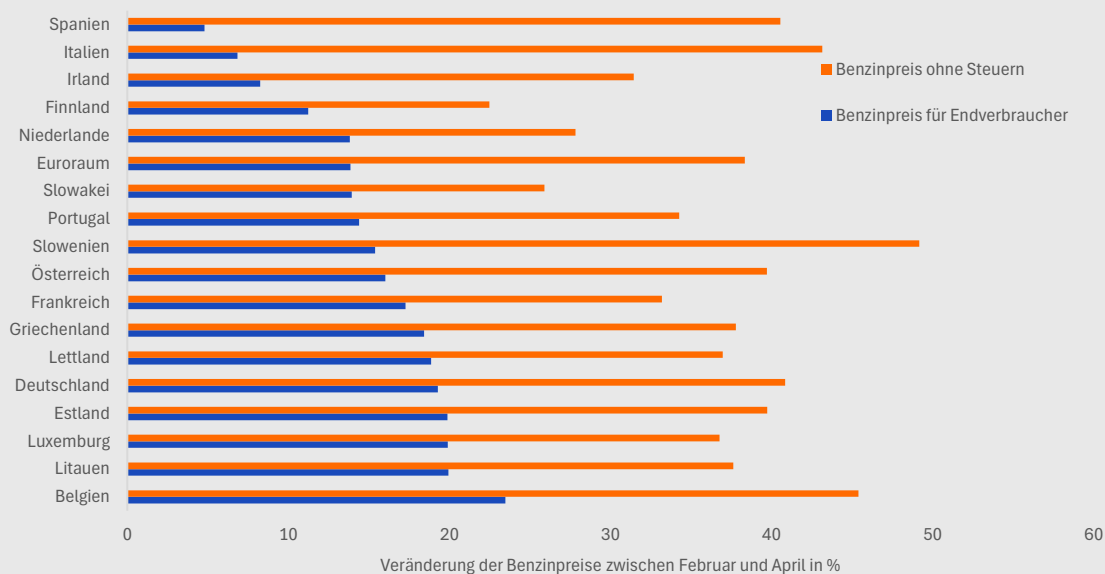


Die x-Achse zeigt das relative Gewicht von Benzin und Diesel im nationalen HVPI-Warenkorb, die y-Achse die relative Preissteigerung dieser Kraftstoffe; der Euroraum-Durchschnitt ist jeweils auf 100 normiert. Die Blasengröße entspricht dem Beitrag von Benzin und Diesel zur Gesamtinflation in Basispunkten.

Quelle: Eurostat; Berechnungen des Kiel Instituts.

Staatliche Maßnahmen, insbesondere bei den Kraftstoffpreisen, trugen zu unterschiedlichen Preiseffekten in den Mitgliedstaaten bei. Viele Regierungen reagierten auf den jüngsten Energiepreisschock mit Maßnahmen, um die Belastungen von Haushalten und Unternehmen zu reduzieren. Laut OECD (2026b) hatten bis Mitte Mai 2026 lediglich drei der 21 Euroraum-Länder (Finnland, Luxemburg und Malta) keine Unterstützungsmaßnahmen beschlossen. Solche Eingriffe, etwa durch temporäre Steuersenkungen, Preisdeckel oder ähnliche Entlastungen, haben die Verbraucherpreisdynamik erheblich beeinflusst. So stiegen die Benzinpreise ohne Steuern beispielsweise in Spanien und Italien zwischen Februar und April um mehr als 40 Prozent. Steuerliche Entlastungen (z. B. bei der Mehrwertsteuer oder der Mineralölsteuer) absorbierten jedoch einen erheblichen Teil des zugrundeliegenden Preisanstiegs, sodass die Benzinpreise für Endverbraucher im gleichen Zeitraum um weniger als 7 Prozent zunahmten. Die staatlichen Interventionen begrenzt in diesen Ländern daher den Beitrag der Kraftstoffpreise zur Gesamtinflation deutlich (Abbildung K2-3).

Abbildung K2-3:
Staatliche Entlastungen dämpfen den Anstieg der Verbraucherpreise für Benzin



Die Abbildung zeigt die Veränderung der Benzinpreise ohne Steuern sowie der von Endverbrauchern gezahlten Benzinpreise zwischen Februar und April. Die Differenz zwischen beiden Größen veranschaulicht den dämpfenden Effekt staatlicher Maßnahmen, insbesondere steuerlicher Entlastungen bei Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer oder vergleichbaren Abgaben.

Quelle: Eurostat; Berechnungen des Kiel Instituts.

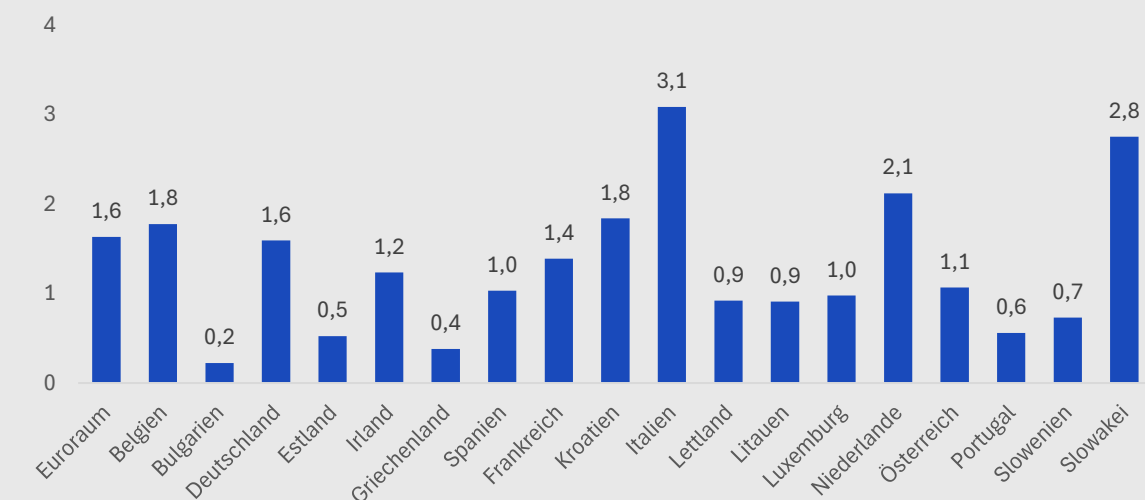
Gas- und Strompreisänderungen werden in den meisten Ländern nicht unmittelbar und vollständig an die Endverbraucher weitergegeben. Während Benzin- und Dieselpreise üblicherweise rasch auf Veränderungen der Rohölpreise reagieren, passen sich die Verbraucherpreise für Gas und Strom in der Regel mit größerer Verzögerung an. Dies reflektiert unter anderem Unterschiede in der Vertragsstruktur, der Regulierung, der Tarifgestaltung sowie in den Beschaffungsstrategien der Energieversorger. Entsprechend kann der Beitrag einzelner Energiekomponenten zur HVPI-Inflation zeitlich versetzt ausfallen und sich über mehrere Monate hinweg entfalten.

In einigen Ländern dämpfen die Strompreise derzeit die Energieinflation. Der Zeitpunkt der Krise trug dazu bei, dass sich die infolge höherer Öl- und Gaspreise entstehenden Aufwärtsrisiken für die Strompreise bislang nur begrenzt materialisierten. Die Übergangsphase zwischen der Heizperiode im Winter und dem Nachfrageanstieg im Hochsommer ist typischerweise durch eine zunehmende Einspeisung erneuerbarer Energien bei zugleich moderater Stromnachfrage gekennzeichnet (Euronews 2026). Vor diesem Hintergrund wurden Schwankungen der Strompreise sowie Unterschiede zwischen den Ländern nicht nur durch die Entwicklung der Gaspreise, sondern auch durch das zunehmende Volumen der erneuerbaren Stromerzeugung geprägt. In Spanien beeinflusste Gas den Strompreis zwischen Januar und März nur in rund 15 Prozent der Stunden, verglichen mit 89 Prozent in Italien (Ember Energy 2026). Aufgrund des hohen Anteils erneuerbarer Energien verzeichnete Spanien zugleich einen deutlichen Anstieg der Stunden mit negativen Strompreisen, ein Phänomen, das auch in Frankreich und Deutschland zu beobachten war. Hinzu kommt, dass Änderungen der Großhandelspreise für Strom in Spanien aufgrund flexibler Tarife vergleichsweise zügig auf die Stromkomponente des HVPI durchschlagen (Banco de España 2026). In Finnland und Estland war Strom hingegen bereits zu Jahresbeginn infolge kalter Witterung vergleichsweise teuer, sodass Energie dort schon vor Ausbruch des Irakkriegs einen inflationsverstärkenden Effekt hatte, der im März und April aufgrund dann sinkender Strompreise wieder nachließ und wodurch die Inflationsrate deutlich gedämpft wurde (Ministry of Finance Finland 2026; Eesti Pank 2026).

Der Gaspreisanstieg schlug in Belgien und Italien besonders stark auf die Inflationsrate durch. Belgien und Italien verzeichneten zwischen Februar und April mit jeweils rund 0,4 Prozentpunkten einen auffällig hohen Beitrag der Gaspreise zur Gesamtinflation, im Vergleich zu etwa 0,1 Prozentpunkten im Durchschnitt des Euroraums. Ein Teil dieser Entwicklung dürfte auf angebotsseitige Störungen am LNG-Markt zurückzuführen sein. So führten Beschädigungen an zwei der 14 LNG-Verflüssigungsanlagen Kataris dazu, dass langfristige LNG-Lieferverträge gekündigt werden mussten, wobei in Europa insbesondere Italien und Belgien zu den

dadurch betroffenen Vertragspartnern zählten. Hinzu kommt in beiden Ländern ein vergleichsweise rascher Durchschlag von Großhandelspreisen auf die Verbraucherpreise. In Belgien ist dies vor allem auf einen hohen Anteil von Endkunden zurückzuführen, deren Vertragspreise variabel an die Großhandelspreise angepasst werden, so dass Preisanstiege schnell an die Haushalte weitergegeben werden. Da solche variablen Verträge während der Energiekrise an Bedeutung gewonnen haben, wurde die Preisvolatilität sowohl nach oben als auch nach unten verstärkt (Jacobs und Coppens 2025). In Italien fällt das Gewicht der Gaspreise im HVPI-Warenkorb mit rund 3,1 Prozent fast doppelt so hoch aus wie im Euroraum insgesamt (1,6 Prozent) (Abbildung K2-4). Darüber hinaus werden die Gaspreise in Italien für rund drei Millionen Kunden, die unter dem sogenannten Schutzdienst für vulnerable Haushalte versorgt werden, monatlich von der Regulierungsbehörde auf Basis der Entwicklung der Großhandelspreise festgesetzt. Auch dieser Mechanismus bewirkt eine schnelle Weitergabe von Gaspreisänderungen an die Verbraucherpreise (ARERA 2026; Enel Energia 2026).

Abbildung K2-4:
Komponentengewicht von Gas im HVPI, 2026 in %



Jahresdaten.

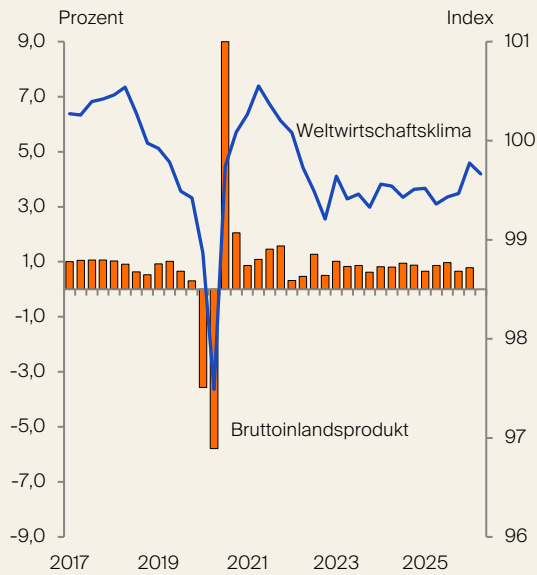
Quelle: Eurostat

Datenanhang

DATENANHANG	20
1 Weltkonjunktur	21
2 Vereinigte Staaten	22
3 Japan	23
4 Euroraum.....	24
5 Vereinigtes Königreich	25
6 China.....	26
7 Übrige Schwellenländer.....	27
8 Tabellenanhang.....	28
LITERATUR.....	31
IMPRESSUM.....	33

1 Weltkonjunktur

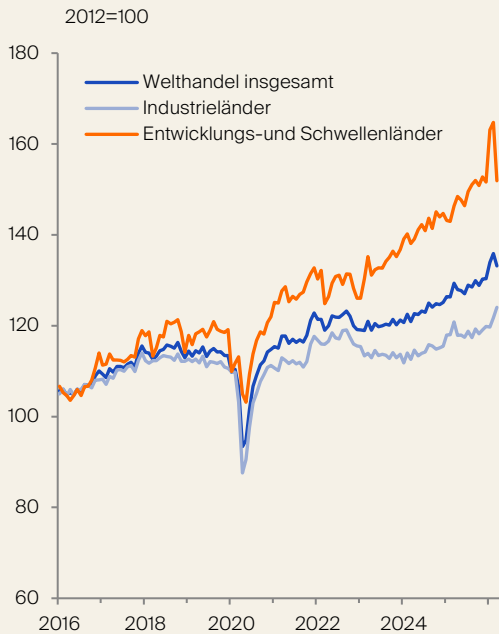
Abbildung 1.1:
Weltwirtschaftliche Aktivität



Quartalsdaten; saisonbereinigt; Weltwirtschaftsklima berechnet auf Basis von Stimmungsindikatoren aus 42 Ländern; Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal, 46 Länder, gewichtet nach Kaufkraftparität.

Quelle: OECD, Main Economic Indicators; nationale Quellen; Berechnungen des IfW Kiel.

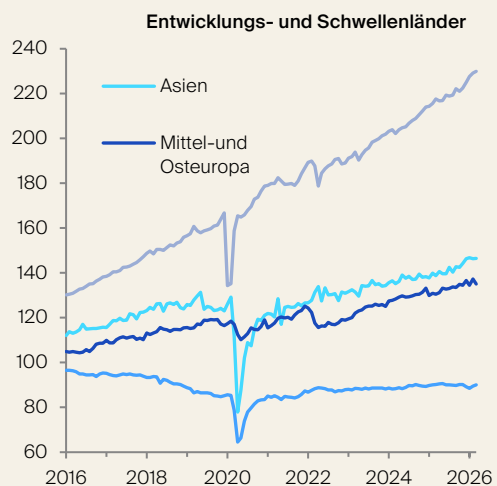
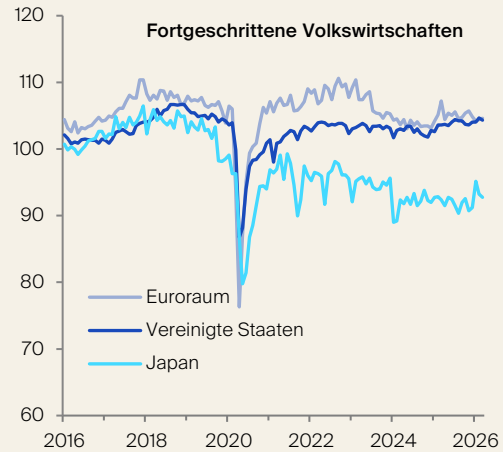
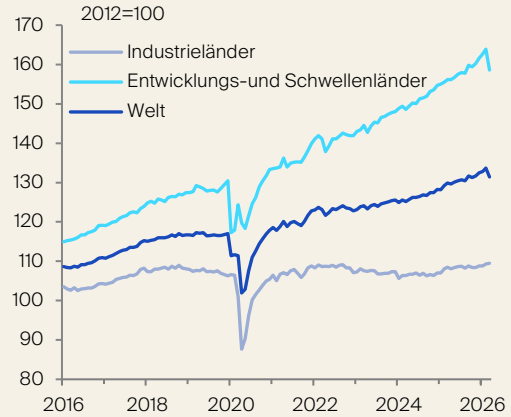
Abbildung 1.3:
Welthandel



Monatsdaten; preis- und saisonbereinigt.

Quelle: CPB, World Trade Monitor; Berechnungen des Kiel Instituts.

Abbildung 1.2:
Weltweite Industrieproduktion nach Ländergruppen und Regionen

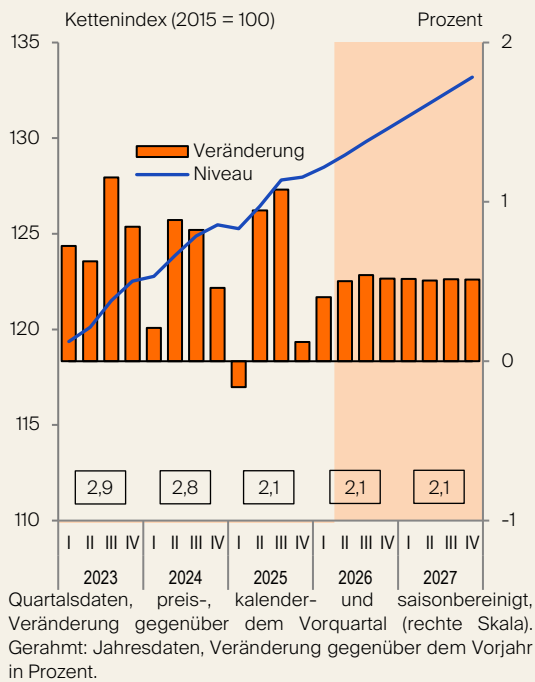


Monatsdaten; preis- und saisonbereinigt. Letzter Wert: März 2026.

Quelle: CPB, World Trade Monitor; Berechnungen des Kiel Instituts.

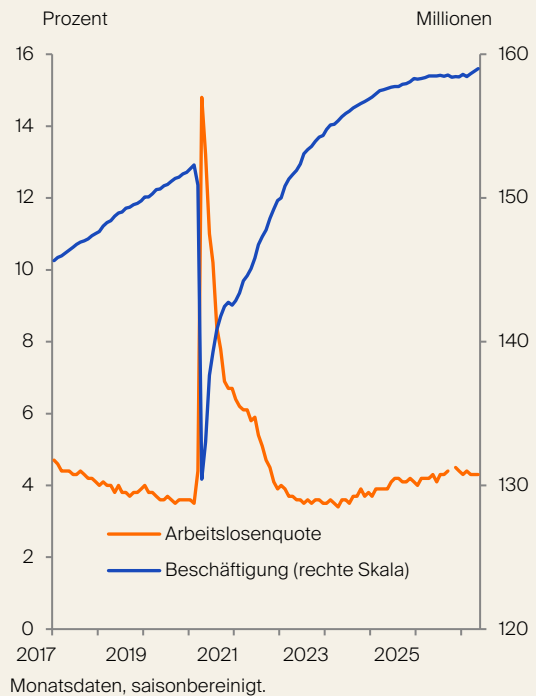
2 Vereinigte Staaten

Abbildung 2.1:
Bruttoinlandsprodukt



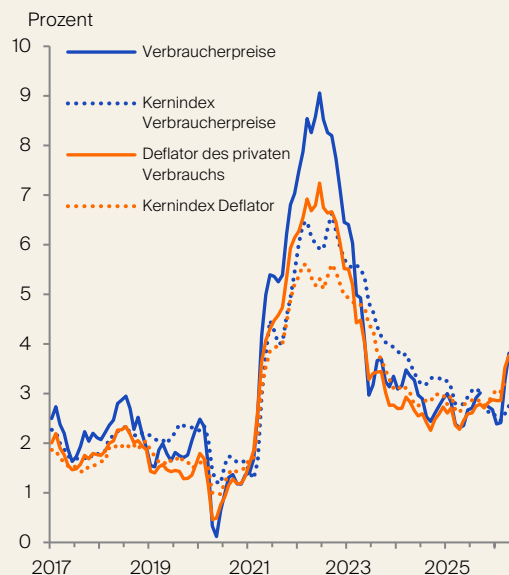
Quelle: Bureau of Economic Analysis; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

Abbildung 2.2:
Arbeitsmarkt



Quelle: US Bureau of Labor Statistics, *Employment Situation*.

Abbildung 2.3:
Verbraucherpreisanstieg



Quelle: US Bureau of Economic Analysis, *Personal Consumption Expenditures Price Index*; US Bureau of Labor Statistics, *Consumer Price Index*.

Tabelle 2.1:
Eckdaten zur Konjunktur in den Vereinigten Staaten

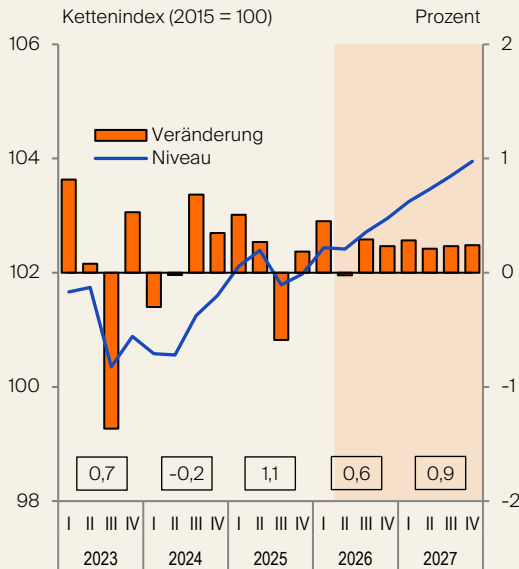
	2024	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt	2,8	2,1	2,1	2,1
Inländische Verwendung	3,1	2,3	2,0	2,2
Private Konsumausgaben	2,9	2,6	1,7	1,9
Staatsausgaben	3,8	1,1	0,8	1,7
Anlageinvestitionen	3,0	2,7	4,4	3,5
Ausrüstungen	3,5	8,3	9,5	5,4
Geistige Eigentumsrechte	3,5	5,6	8,8	5,9
Gewerbliche Bauten	1,1	-5,3	-6,0	-1,6
Wohnbauten	3,2	-2,2	-5,2	-2,0
Vorratsveränderungen	0,0	-0,1	-0,3	-0,1
Außenbeitrag	-0,3	-0,1	0,0	-0,1
Exporte	3,6	1,6	5,2	2,0
Importe	5,8	2,7	3,4	3,9
Verbraucherpreise	3,0	2,6	3,5	2,5
Arbeitslosenquote	4,0	4,3	4,4	4,4
Leistungsbilanzsaldo	-4,0	-3,7	-3,6	-3,8
Budgetsaldo (Bund)	-6,3	-5,8	-6,5	-6,5

Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. – Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. – Arbeitslosenquote: in Prozent der Erwerbsspersonen. – Leistungsbilanzsaldo, Budgetsaldo: in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. – Budgetsaldo: Fiskaljahr.

Quelle: Bureau of Economic Analysis; US Department of Labor, *Employment Situation and Consumer Price Index*; US Department of the Treasury, *Monthly Treasury Statement*; Berechnungen des Kiel Instituts; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

3 Japan

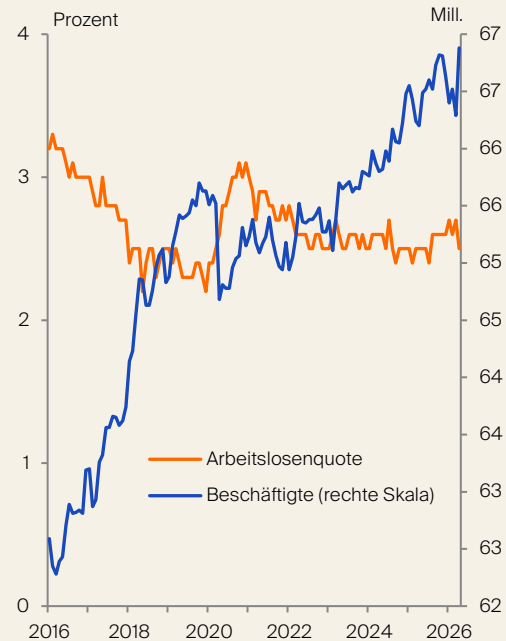
Abbildung 3.1:
Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Cabinet Office, *National Accounts*; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

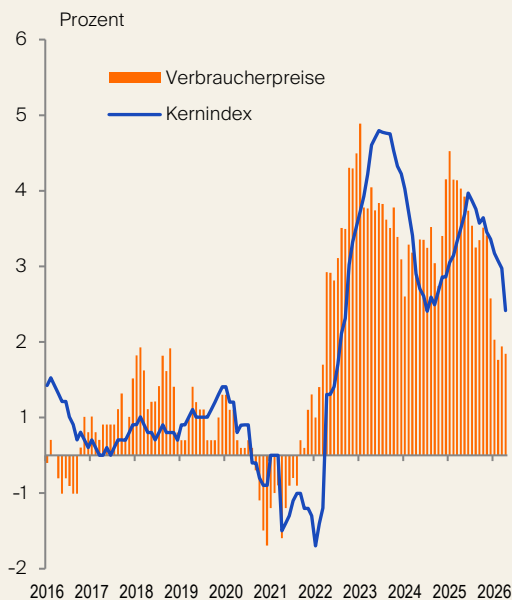
Abbildung 3.2:
Arbeitsmarkt



Monatsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: Department of Labor.

Abbildung 3.3:
Verbraucherpreise



Monatswerte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernindex: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: Statistics Bureau of Japan.

Tabelle 3.1:
Eckdaten zur Konjunktur in Japan

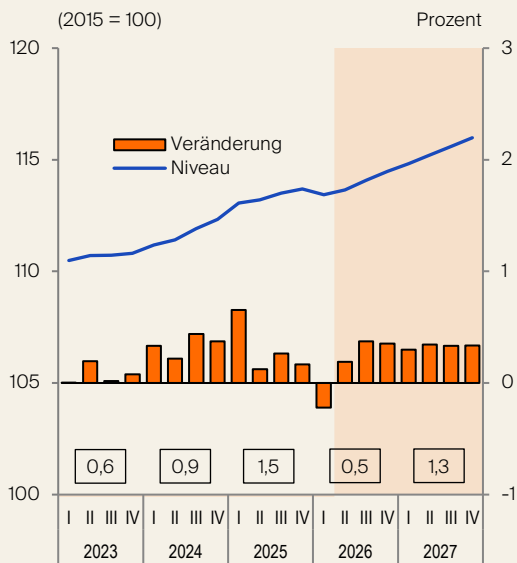
	2024	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt	-0,2	1,1	0,6	0,9
Heimische Absorption	-0,3	1,3	0,3	1,0
Privater Verbrauch	-0,6	1,3	0,8	1,0
Staatsverbrauch	1,6	0,9	1,2	0,7
Anlageinvestitionen	2,9	1,0	0,6	1,1
Unternehmensinvestitionen	-0,1	2,1	0,6	2,0
Wohnungsbau	-1,0	-2,4	-0,7	0,6
Öffentliche Investitionen	-1,8	-0,4	1,5	-2,2
Lagerinvestitionen	0,0	0,0	0,0	0,0
Außenbeitrag	0,1	-0,2	0,2	0,0
Exporte	2,2	2,5	1,5	1,8
Importe	1,7	3,8	0,3	1,9
Verbraucherpreise	2,7	3,2	1,8	1,9
Arbeitslosenquote	2,5	2,5	2,5	2,4
Leistungsbilanzsaldo	4,5	4,8	4,5	4,9
Budgetsaldo	-1,7	-1,0	-2,1	-1,6

Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. – Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. – Arbeitslosenquote: Anteil an den Erwerbsspersonen. – Budgetsaldo: in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Cabinet Office, *National Accounts*; OECD, *Main Economic Indicators*; Berechnungen des Kiel Instituts; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

4 Euroraum

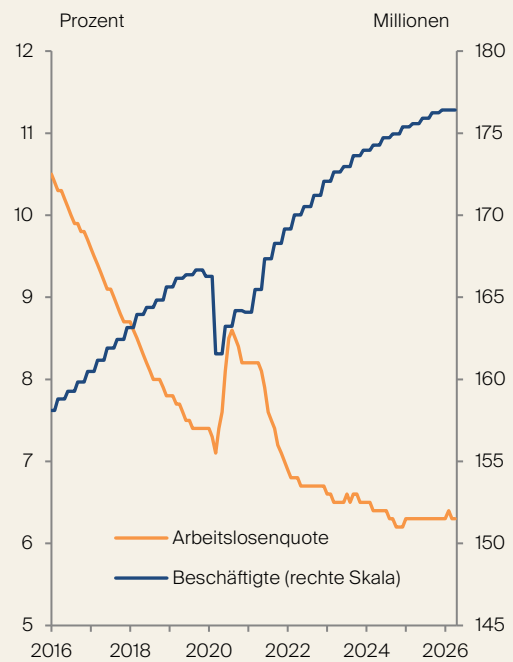
Abbildung 4.1:
Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

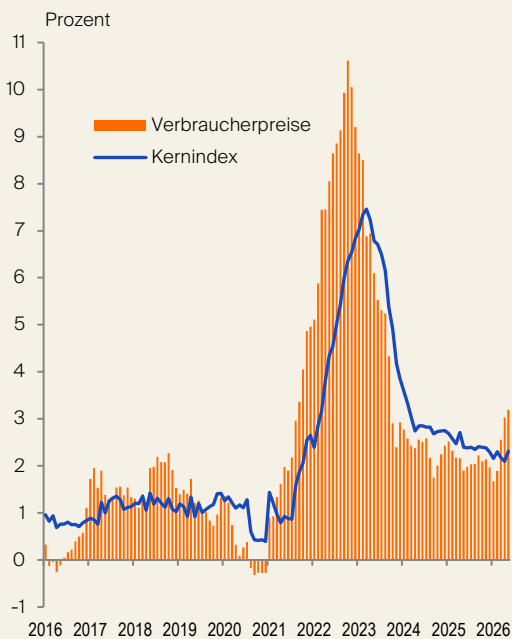
Abbildung 4.2:
Arbeitsmarkt



Monatsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: Eurostat, Arbeitsmarktstatistik; EZB, Monatsbericht.

Abbildung 4.3:
Verbraucherpreise



Monatswerte. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernrate: ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel.

Quelle: Eurostat, Preisstatistik.

Tabelle 4.2:
Eckdaten zur Konjunktur im Euroraum

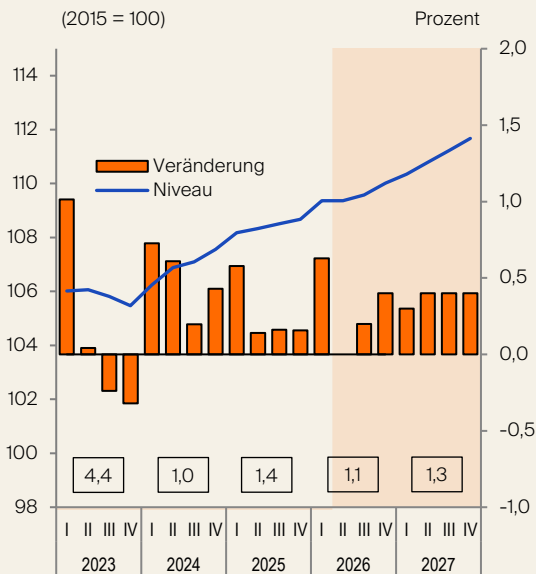
	2024	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt	0,9	1,5	0,5	1,3
Inländische Verwendung	0,6	2,1	1,0	1,3
Privater Verbrauch	1,3	1,5	1,0	1,5
Staatsverbrauch	2,3	1,4	1,6	0,7
Anlageinvestitionen	-2,6	3,1	1,1	1,6
Vorratsveränderungen	0,0	0,3	-0,2	0,0
Außenbeitrag	0,3	-0,5	-0,4	0,1
Exporte	0,6	2,3	0,0	1,6
Importe	-0,1	3,6	1,0	1,6
Verbraucherpreise	2,4	2,1	2,9	2,2
Arbeitslosenquote	6,4	6,3	6,3	6,1
Leistungsbilanzsaldo	2,6	2,5	1,8	1,8
Budgetsaldo	-3,1	-2,9	-3,4	-3,5

Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. – Außenbeitrag, Vorratsveränderungen: Lundberg-Komponente. – Verbraucherpreise: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). – Arbeitslosenquote: Anteil an den Erwerbspersonen. – Budgetsaldo: In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Eurostat, VGR; eigene Berechnungen; Schattierung: Prognose des Kiel Instituts.

5 Vereinigtes Königreich

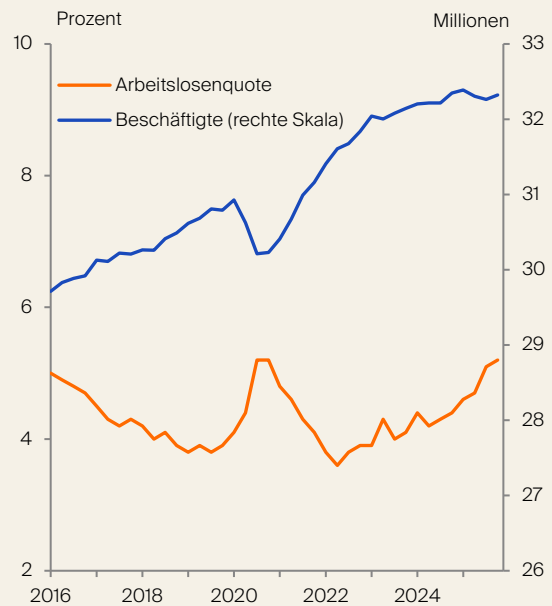
Abbildung 5.1:
Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Gerahmt: Jahresdaten, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Cabinet Office, *National Accounts*; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

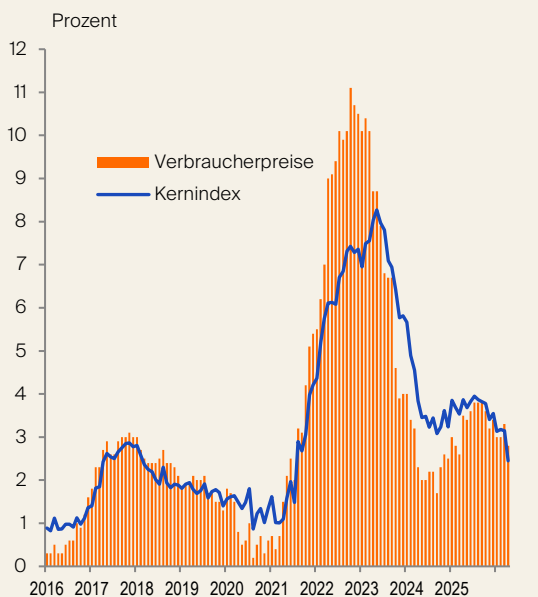
Abbildung 5.2:
Arbeitsmarkt



Quartalsdaten; saisonbereinigt.

Quelle: Office for National Statistics, *Economy*.

Abbildung 5.3:
Verbraucherpreisanstieg



Monatswerte. Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernrate: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: Office for National Statistics, *Economy*.

Tabelle 5.1:
Eckdaten zur Konjunktur im Vereinigten Königreich

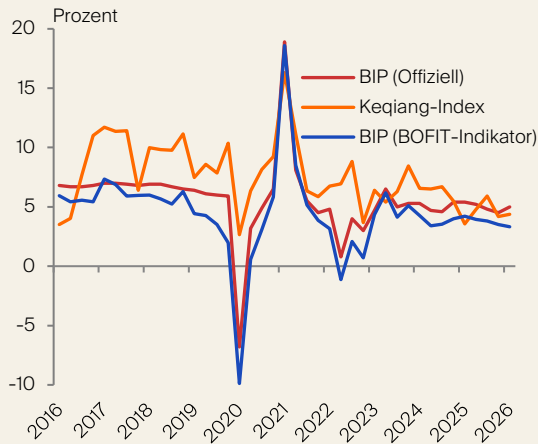
	2024	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt	1,0	1,4	1,1	1,3
Inländische Verwendung	0,5	1,4	1,2	1,4
Privater Verbrauch	-0,2	1,0	0,7	1,0
Staatsverbrauch	2,1	2,9	1,8	1,5
Anlageinvestitionen	1,7	4,1	4,0	3,0
Vorratsveränderungen	0,9	0,2	-0,1	0,0
Außenbeitrag	-0,5	-0,2	-0,1	0,0
Exporte	1,3	2,1	1,2	2,0
Importe	2,7	4,2	1,6	1,9
Verbraucherpreise	2,5	3,4	3,1	2,5
Arbeitslosenquote	4,3	4,8	5,0	4,8
Leistungsbilanzsaldo	-3,0	-2,5	-3,2	-3,0
Budgetsaldo	-6,1	-5,5	-5,2	-4,6

Prozent. Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. – Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente. – Verbraucherpreise: Konsumentenpreisindex; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. – Arbeitslosenquote: Anteil an den Erwerbspersonen. – Budgetsaldo: in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Office for National Statistics, *Economy*; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

6 China

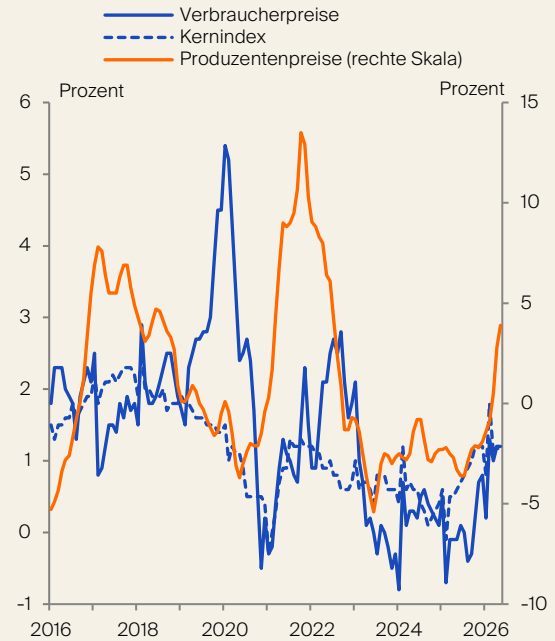
Abbildung 6.1:
Bruttoinlandsprodukt und alternative Indikatoren



Quartalsdaten, BIP (offiziell): Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Keqiang-Index: arithmetisches Mittel des Wachstums (gegenüber dem Vorjahr) der RMB-Kredite von Finanzinstitutionen, der Eisenbahn-Frachtvolumen sowie des Stromverbrauchs; BIP (BOFIT-Indikator): Geschätzte Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr, einfacher Durchschnitt.

Quelle: Berechnung des Kiel Instituts auf Basis von Daten von National Bureau of Statistics, National Energy Agency und People's Bank of China; BIP (BOFIT-Indikator) von der Bank of Finland.

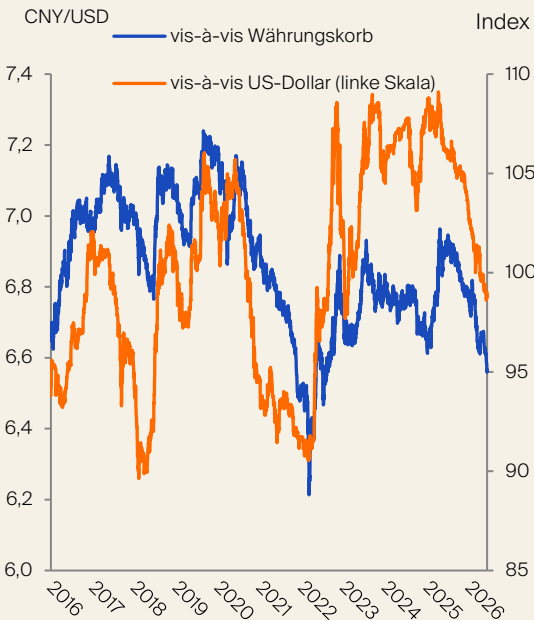
Abbildung 6.2:
Preisentwicklung



Monatswerte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Kernrate: Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel.

Quelle: National Bureau of Statistics.

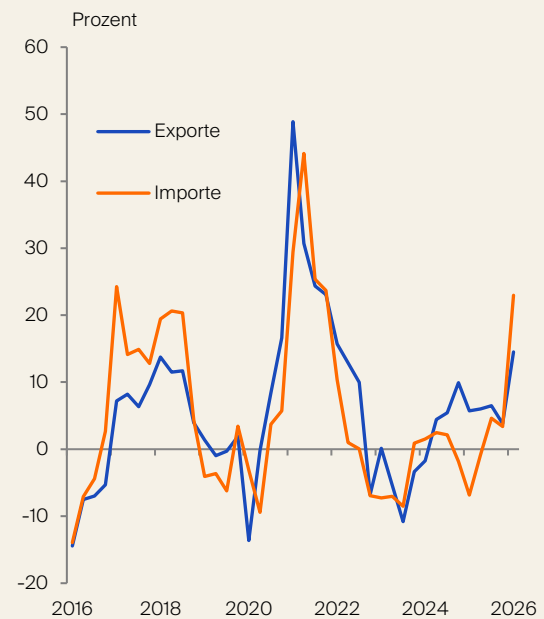
Abbildung 6.3:
Wechselkurse



Tagesdaten.

Quelle: Refinitiv Data; China Foreign Exchange Trade System; Index: 2015.01.01 = 100; Gewichte nach CFETS (2025); Wechselkurse sind als CNY je Einheit der Fremdwährung definiert; sinkende Wechselkurse bzw. sinkende Indexwerte bedeuten eine Aufwertung des CNY. Berechnungen des Kiel Instituts.

Abbildung 6.4:
Außenhandel

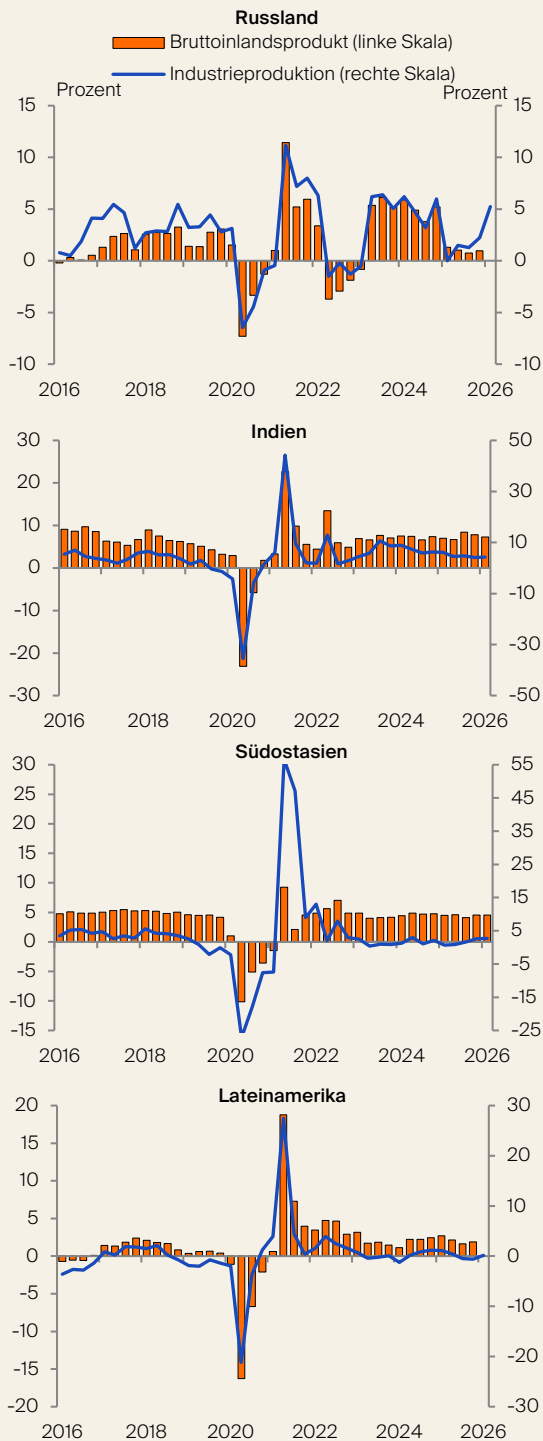


Veränderung gegenüber dem Vorjahr auf Basis von Quartalsdurchschnitten.

Quelle: General Administration of Customs China; Berechnungen des Kiel Instituts.

7 Übrige Schwellenländer

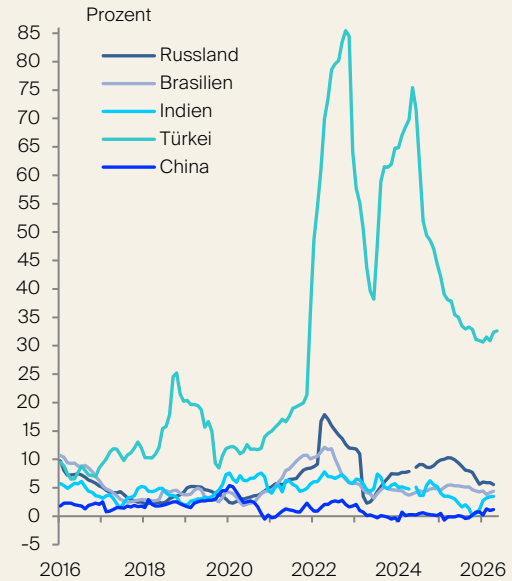
Abbildung 7.1:
Bruttoinlandsprodukt und Industrieproduktion



Quartalsdaten; preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Südostasien: gewichteter Durchschnitt für Indonesien, Thailand, Malaysia und Philippinen; Lateinamerika: gewichteter Durchschnitt für Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; nationale statistische Ämter; Berechnungen des Kiel Instituts.

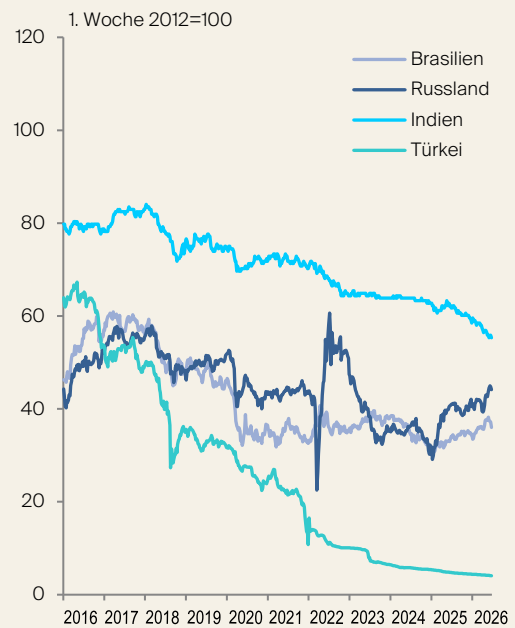
Abbildung 7.2:
Verbraucherpreise



Monatsdaten; Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Federal State Statistics Service, *Russland*; Brasiliani-sches Institut für Geographie und Statistik, *Brasilien*; National Bureau of Statistics, *China*; Labour Bureau, *Indien*.

Abbildung 7.3:
US-Dollar Wechselkurse



Wochendaten.

Quelle: LSEG

8 Tabellenanhang

Tabelle 8.1:
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, und Arbeitslosenquote in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
		2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
Europäische Union	41,3	1,1	1,6	0,8	1,5	2,4	2,4	2,7	2,3	6,0	6,0	5,9	5,7
Euroraum	35,1	1,0	1,5	0,5	1,3	2,4	2,1	2,4	2,1	6,4	6,4	6,3	6,1
Schweden	0,9	1,9	1,7	1,7	2,2	2,0	2,6	2,4	2,0	8,4	8,9	8,6	8,0
Polen	2,3	3,1	3,6	3,4	3,3	3,7	3,3	3,4	2,3	2,9	3,2	2,9	2,8
Vereinigtes Königreich	5,1	1,0	1,4	1,1	1,3	2,5	3,4	3,1	2,5	4,3	4,8	5,0	4,8
Schweiz	1,0	1,4	1,4	0,8	1,0	1,1	0,2	0,7	0,5	4,0	4,2	4,4	4,2
Norwegen	0,7	1,4	1,2	1,4	0,7	3,2	3,0	3,4	2,8	4,0	4,5	4,4	4,3
Vereinigte Staaten	34,9	2,8	2,1	2,1	2,1	3,0	2,6	3,5	2,5	4,0	4,3	4,4	4,4
Kanada	3,1	2,0	1,9	1,5	2,1	2,4	2,1	2,5	1,9	6,4	6,8	6,6	6,4
Japan	7,8	-0,2	1,1	0,6	0,9	2,7	3,2	1,8	1,9	2,5	2,5	2,5	2,4
Südkorea	3,9	2,0	1,0	2,4	2,0	2,3	2,1	2,7	2,0	2,8	2,8	2,8	2,7
Australien	2,3	1,0	2,0	1,9	2,1	3,2	2,8	4,1	3,0	4,1	4,2	4,4	4,4
Aufgeführte Länder	100,0	1,7	1,7	1,3	1,7	2,6	2,6	2,9	2,3	4,8	4,9	4,9	4,8

Prozent. Gewicht gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 in US-Dollar. – Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. – Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, Europäische Union und Norwegen: harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). – Arbeitslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept. Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2024.

Quelle: Eurostat, VGR; OECD, *Main Economic Indicators*; IMF *World Economic Outlook Database*; Statistics Canada, *Canadian Economic Account*; orange hinterlegt: Prognose des Kiel Instituts.

Tabelle 8.2:
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den EU-Ländern

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
		2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
Deutschland	24,0	-0,5	0,3	0,5	0,8	2,5	2,3	2,8	2,3	3,4	3,8	3,9	3,7
Frankreich	16,2	1,4	0,9	0,4	1,0	2,3	0,9	2,3	1,9	7,5	7,7	8,2	8,1
Italien	12,2	0,6	0,7	0,7	0,5	1,1	1,6	3,1	2,3	6,5	6,1	5,5	5,5
Spanien	8,8	3,5	2,8	2,3	1,9	2,9	2,7	3,3	2,4	11,4	10,5	10,0	9,7
Niederlande	6,2	1,1	1,8	1,1	1,3	3,2	3,0	2,6	2,0	3,7	3,9	4,0	3,9
Belgien	3,4	1,1	1,0	0,8	1,2	4,3	3,0	3,3	2,1	5,7	6,2	6,2	5,9
Österreich	2,7	-0,8	1,0	1,0	1,3	2,9	3,6	3,0	2,1	5,2	5,7	5,7	5,5
Irland	3,1	2,6	12,4	-11,3	5,8	1,3	2,0	3,2	2,2	4,3	4,7	4,9	4,6
Finnland	1,5	0,4	0,2	1,5	1,6	1,0	1,8	2,3	2,1	8,4	9,7	10,5	10,0
Portugal	1,6	2,2	1,9	3,1	3,1	2,7	2,2	2,7	2,1	6,5	6,0	5,6	5,3
Griechenland	1,3	2,1	2,2	1,9	2,0	3,0	2,9	3,7	2,4	10,1	8,9	8,7	8,0
Slowakei	0,7	1,9	0,8	0,9	1,5	3,2	4,2	4,0	3,2	5,3	5,4	5,8	5,7
Bulgarien	0,6	3,2	3,2	2,8	2,7	4,4	1,4	4,1	2,8	4,2	3,5	3,2	3,1
Luxemburg	0,5	0,3	0,6	1,1	1,5	2,3	2,5	3,1	1,4	6,3	6,5	6,9	6,5
Kroatien	0,5	3,8	3,4	2,3	3,1	4,0	4,4	4,1	2,6	5,1	4,9	4,2	4,0
Slowenien	0,4	1,7	0,9	2,4	2,3	2,0	2,5	3,2	2,6	3,7	3,9	3,7	3,5
Litauen	0,4	3,0	2,9	2,3	2,0	0,9	3,4	4,2	2,3	7,1	6,9	6,8	6,7
Lettland	0,2	-0,3	2,1	2,3	2,3	1,3	3,8	3,0	2,6	6,9	6,9	6,7	6,3
Estland	0,2	-0,1	0,6	2,4	2,2	3,7	4,8	3,8	2,8	7,6	7,4	6,4	5,5
Zypern	0,2	3,9	3,8	2,5	2,5	2,3	0,8	3,3	2,0	4,8	4,4	3,5	3,2
Malta	0,1	6,2	3,6	3,7	3,0	2,4	2,4	2,6	1,7	3,2	3,0	2,9	2,9
Schweden	3,1	1,9	1,7	1,7	2,2	2,0	2,6	1,6	2,0	8,4	8,9	8,6	8,0
Polen	4,7	3,1	3,6	3,4	3,3	3,7	3,3	3,5	2,8	2,9	3,2	2,9	2,8
Dänemark	2,2	3,5	2,9	3,3	1,6	1,3	1,8	1,8	2,1	6,2	6,4	6,4	6,0
Tschechien	1,8	1,1	2,6	2,0	2,4	2,4	2,5	2,5	2,4	2,8	2,9	3,0	2,8
Rumänien	2,0	0,9	0,7	-0,3	2,7	5,3	8,9	7,8	3,1	5,4	6,1	6,3	6,0
Ungarn	1,1	0,7	0,4	2,0	2,5	3,7	4,4	2,5	2,9	4,4	4,4	4,3	4,0
Europäische Union	100,0	1,1	1,6	0,8	1,5	2,6	2,5	3,1	2,3	6,0	6,0	5,9	5,7
Nachrichtlich:													
Europäische Union 11	87,0	1,0	1,5	0,6	1,3	2,3	2,1	2,8	2,2	6,5	6,5	6,5	6,3
Beitrittsländer	12,4	2,1	2,4	2,2	2,8	3,7	4,5	4,3	2,8	4,1	4,3	4,2	4,0
Euroraum	85,1	1,0	1,5	0,5	1,3	2,4	2,1	2,9	2,2	6,4	6,3	6,3	6,1
Euroraum ohne Deutschland	61,1	1,5	1,9	0,5	1,5	2,3	2,0	2,9	2,2	7,4	7,2	7,1	6,9

Prozent. Gewicht: auf der Grundlage des Bruttoinlandsprodukts zu Preisen und Wechselkursen von 2024. – Bruttoinlandsprodukt: preis- und kalenderbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. – Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr, harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI). – Arbeitslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept, Ländergruppen gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl von 2024. – Beitrittsländer seit 2004. * Zahlen weichen von denen im Deutschland-Konjunkturbericht ab, in dem die Zuwachsraten für das Bruttoinlandsprodukt in der Regel nicht kalenderbereinigt und Verbraucherpreise gemäß VPI-Abgrenzung (statt HVPI) ausgewiesen werden; außerdem bezieht sich die ILO-Erwerbslosenquote auf die Erwerbspersonen gemäß Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (statt auf die Erwerbspersonen gemäß Mikrozensus).

Quelle: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; schattiert: Prognose des Kiel Instituts.

Tabelle 8.3:
Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise in ausgewählten Schwellenländern

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise			
		2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
Indonesien	5,0	5,0	5,1	4,7	4,9	2,2	1,9	3,0	2,7
Thailand	1,9	2,9	2,4	1,8	3,0	0,4	-0,1	2,5	1,0
Malaysia	1,5	5,1	5,2	4,5	4,5	1,8	1,4	2,0	2,0
Philippinen	1,5	5,7	4,4	3,0	4,5	2,9	1,6	6,0	3,0
Insgesamt	9,9	4,7	4,5	3,9	4,4	1,9	1,4	3,2	2,3
China	41,3	5,0	5,0	4,7	4,6	0,2	0,0	1,1	1,1
Indien	17,5	7,2	7,5	6,6	6,7	4,6	1,6	3,8	4,0
Asien insgesamt	68,7	5,5	5,6	5,1	5,1	1,6	0,6	2,1	2,0
Brasilien	5,1	3,4	2,3	1,8	2,0	4,4	5,0	4,6	4,0
Mexiko	3,6	1,4	0,5	1,5	1,8	4,7	3,8	4,1	3,5
Argentinien	1,5	-1,3	4,2	2,5	2,8	220,0	41,9	33,0	28,0
Kolumbien	1,2	1,6	2,6	2,4	2,2	6,6	5,1	5,8	5,0
Chile	0,7	2,6	2,6	1,8	2,3	4,3	4,2	4,0	3,0
Peru	0,7	3,5	3,2	2,9	3,0	2,4	1,5	3,2	2,4
Lateinamerika insgesamt	12,8	2,1	2,1	1,9	2,1	29,9	8,8	7,8	6,6
Ägypten	2,4	2,4	3,8	4,3	4,8	33,3	20,0	15,0	12,0
Nigeria	2,3	3,4	3,0	2,8	3,0	33,3	27,0	35,0	20,0
Südafrika	1,1	0,5	1,0	1,2	1,5	4,4	3,8	4,5	4,5
Algerien	0,9	3,5	3,5	3,0	3,2	4,0	3,7	3,6	3,5
Äthiopien	0,5	8,1	7,0	7,0	7,5	21,7	21,0	15,0	12,0
Afrika Insgesamt	7,1	3,0	3,3	3,4	3,7	24,5	17,8	18,4	12,4
Russland	7,5	4,3	1,0	0,2	0,5	8,4	9,2	6,3	6,5
Türkei	3,8	3,3	3,6	3,0	3,6	58,5	34,9	32,0	26,0
Aufgeführte Länder	100,0	4,7	4,5	4,1	4,2	9,5	4,8	5,5	4,6

Prozent. Gewicht: gemäß Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 nach Kaufkraftparitäten. – Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr. – Verbraucherpreise: Veränderung gegenüber dem Vorjahr. – Asien insgesamt, Lateinamerika insgesamt: aufgeführte Länder.

Quelle: IMF, *International Financial Statistics*; OECD, *Main Economic Indicators*; nationale Statistiken; Berechnungen des IfW Kiel; orange hinterlegt: Prognose des Kiel Instituts.

Literatur

ARERA – Autorità di Regolazione per Energia Reti e Ambiente (2025): Electricity: Standard offer service -7.6% in the fourth quarter of 2025 for vulnerable customers. Press release, 26 September 2025. Verfügbar unter: <https://www.arera.it/fileadmin/EN/PRESS/2025/250926engnotaquarter.pdf>.

Banco de España (2026): Spanish Macroeconomic Projections. Presentation by David López Salido, Director General Economics, 27 March 2026. Verfügbar unter: <https://www.bde.es/f/webbe/SES/Secciones/Publicaciones/InformesBoletinesRevistas/BoletinEconomico/26/T1/Files/IIPP-2026-03-27-lopez-en-tr.pdf>.

China Foreign Exchange Trade System (CFETS) (2025): Announcement on Adjustments to the CFETS RMB Exchange Rate Index and the BIS Currency Basket RMB Exchange Rate Index: Currency Baskets and Weights, CFETS Announcement No. 60, 31 December 2025. Verfügbar unter: <https://www.chinamoney.com.cn/chinese/zxpl/20251231/3260978.html>.

Congressional Budget Office (2026): CBO's Current View of the Economy from 2026 to 2028, January 2026. Verfügbar unter: <https://www.cbo.gov/publication/61831>.

Coppens, B. und Jacobs, V., (2025): Energy inflation during the gas and electricity price surge: a comparison of Belgium and neighbouring countries. NBB Economic Review 2025, No. 6. National Bank of Belgium. Verfügbar unter: https://www.nbb.be/doc/ts/publications/economicreview/2025/ecorevi2025_h06.pdf.

Eesti Pank (2026): At current energy prices, inflation will peak at the end of the year. Press release, 7 April 2026. Verfügbar unter: <https://www.eestipank.ee/en/press/current-energy-prices-inflation-will-peak-end-year-07042026>.

Ember Energy (2026): Latest energy shock reminds Europe of its risky gas reliance. Ember, 13 March 2026. Verfügbar unter: <https://ember-energy.org/latest-insights/latest-energy-shock-reminds-europe-of-its-risky-gas-reliance/>.

Enel Energia (2026): Arera power and gas tariff trend. Enel Energia. Verfügbar unter: <https://www.enel.it/en-us/assistenza/avvisi/andamento-arera-luce-gas>.

Energy Information Agency (2026). Short-Term Energy Outlook. June 2026. Verfügbar unter: <https://www.eia.gov/outlooks/steo/>

Euronews (2026): Europe's household energy prices surge after Iran war: Which capitals were hit hardest? Euronews, 14 May 2026. Verfügbar unter: <https://www.euronews.com/business/2026/05/14/europes-household-energy-prices-surge-after-iran-war-which-capitals-were-hit-hardest>.

European Commission (2026): EU action to address the energy crisis. European Commission. Verfügbar unter: https://commission.europa.eu/topics/energy/eu-action-address-energy-crisis_en.

European Union Agency for the Cooperation of Energy Regulators (ACER): Rewarding Flexibility: How retail contract choice can help unlock consumer flexibility. Retail Monitoring Report 2025, 27 November 2025. Verfügbar unter: <https://www.acer.europa.eu/sites/default/files/documents/Publications/ACER-CEER-2025-Retail-monitoring.pdf>.

Gern, K.-J., Kooths, S., Krohn, J., Liu W.-H., und Reents, J. (2026): Weltwirtschaft im Frühjahr 2026: Nahostkonflikt stört wirtschaftliche Aktivität. Kieler Konjunkturberichte Nr. 131. Kiel Institut. Verfügbar unter:

<https://www.kielinstitut.de/de/publikationen/weltwirtschaft-im-fruehjahr-2026-nah-ostkonflikt-stoert-wirtschaftliche-aktivitaet-19571/>.

International Energy Agency (IEA) (2026a): Oil Market Report. May 2026. Verfügbar unter: <https://www.iea.org/reports/oil-market-report-may-2026>.

International Energy Agency (IEA) (2026b): Strait of Hormuz. Factsheet, last updated February 2026. Verfügbar unter: <https://www.iea.org/about/oil-security-and-emergency-response/strait-of-hormuz>.

Ministry of Finance Finland (2026): Economic Survey. Spring 2026. Publications of the Ministry of Finance 2026:15, 30 April 2026. Verfügbar unter: https://vm.fi/en/economic-survey-spring-2026#/.

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) (2026a): Economic Outlook. June 2026. Verfügbar unter: <https://www.oecd.org/en/topics/economic-outlook.html>.

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) (2026b): OECD energy support measures tracker. Latest tracker update: 18 May 2026. Verfügbar unter: <https://www.oecd.org/en/data/tools/oecd-energy-support-measures-tracker.html>.

Schnabel, I. (2026): Interview with Reuters. Interview conducted by Balázs Korányi and Reinhard Becker on 21 May 2026. European Central Bank, 26 May. <https://www.ecb.europa.eu/press/inter/date/2026/html/ecb.in260526~6736a05aaa.en.html>

Tax Foundation (2026): Tracking the Impact of the Trump Tariffs & Trade War, May 5, 2026. Verfügbar unter: <https://taxfoundation.org/research/all/federal/trump-tariffs-trade-war/>.

Impressum

Kiel Institut für Weltwirtschaft

Standort Kiel

Kiellinie 66, 24105 Kiel

Telefon + 49 431 8814-1

info@kielinstitut.de

Standort Berlin

Chausseestraße 111, 10115 Berlin

Telefon +49 30 30830637-5

berlin@kielinstitut.de

Das Kiel Institut für Weltwirtschaft – Leibniz Zentrum zur Erforschung globaler ökonomischer Herausforderungen ist eine rechtlich selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts des Landes Schleswig-Holstein.

Das Institut wird vertreten durch den Vorstand:

Prof. Dr. Moritz Schularick, Präsident,
Geschäftsführender Wissenschaftlicher
Direktor

Michael Doberschütz, Geschäfts-
führender Administrativer Direktor
(m.d.W.d.G.b.)

Prof. Dr. Christoph Trebesch, Vizeprä-
sident

Zuständige Aufsichtsbehörde

Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein

Jensendamm 5, 24103 Kiel

Umsatzsteuer ID

DE 251899169

© 2025 Kiel Institut für Weltwirtschaft.
Alle Rechte reserviert.

[Kielinstitut.de/publikationen](https://kielinstitut.de/publikationen)

